

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonial-Beile 50 S. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Die Streikfugel.

Alle Fortschritt, alle Kultur geht vom Westen aus. Das haben uns die Gelehrten oft versichert. So hat die Wiege der kapitalistischen Wirtschaftsweise in England gestanden, und ihre legitimen Kinder, die modernen Gewerkschaften, haben sich dort zuerst kräftig gerührt. In politischer Hinsicht hat Frankreich seit langem die Führung; es genügt, an den weltumwälzenden Einfluß der großen Revolution zu erinnern. Die parlamentarische Regierung ist, wie ja auch in England, durchgeführt. Die demokratische Republik herrscht.

Trotzdem sehen wir hier immer wieder das lehrreiche Schauspiel, wie die Machtmittel des Staates der modernen Arbeiterbewegung gegenüber angewandt werden, wie das Militär sowohl in politischen wie wirtschaftlichen Kämpfen die Schutztruppe der Herrschenden bzw. des Unternehmertums gegen den „inneren Feind“ bildet. Die letzten Jahre sind voll von Beispielen dieser Art; sie beweisen deutlich — wie beiläufig bemerkt sei —, daß die politische Freiheit allein es nicht tut, daß Erfolge nur von starken, festgeschlossenen Organisationen errungen werden können, daß namentlich auf gewerkschaftlichem Gebiete sich der republikanische und königstreue Kapitalismus als Brüder darstellen, die nicht zu unterscheiden sind. Leider ist die Zersplitterung der Arbeiterbewegung in Frankreich zu Hause; das leidenschaftliche Temperament scheint dort häufig die kühle Vernunft an ihrer zusammenschließenden Herrschaft zu hindern. Um so schwerer natürlich die Arbeit der Gewerkschaften, um so schwieriger für sie, sich dem brüderlich vereinigten Unternehmertum und Militarismus gegenüber zu behaupten und Erfolge zu erzielen.

Von dieser speziellen Note abgesehen, ist das Bild in allen Ländern mit kapitalistischer Kultur das gleiche: die bewaffnete Macht, Militär und Polizei, steht immer auf der Seite des Unternehmertums und der sogenannten Arbeitswilligen, mag ein Streit sich auch um die Abschaffung des Himmelsstreichers drehen, mögen die Herren und ihre verkommeneren proletarischen Handlanger sich auch so provozieren wie nur möglich benehmen. Wir in Deutschland brauchen ja nur an Mansfeld zu denken, wo die Arbeiter sich das gesetzliche Recht auf Organisation erringen wollten und auf die geeinigte Phalanx des Kapitals, der bewaffneten Macht und der Justiz stießen! Wenn es trotzdem nicht zu großem Blutvergießen gekommen ist, so hat man das dem Einfluß der Arbeiterorganisationen in erster Linie zu danken, die besser als ihre Gegner wissen, daß wirtschaftliche Kämpfe nicht auf der Straße entschieden werden.

Man darf aber wohl auch annehmen, daß viele der Offiziere, die die Truppen gegen den „inneren Feind“ führen müssen, nicht sehr erbauet von dieser Aufgabe sind; denn daß man hier keine Verdienste ernten kann, liegt auf der rechten Hand, handelt es sich doch darum, eine wehrlose Menge mit Maschinengewehren und scharfgeladenen Flinten zu dezimieren. Und dann: so eine einzige Kugel, die „gut“ trifft, durchschlägt unter Umständen ein halbes Duzend Menschen auf einmal, und wo ein paar Maschinengewehre speien, werden die Leiber reihenweise fallen. Die Furchterlichkeit eben dieser Geschosswirkung mag zuweilen selbst auf robuste Soldatengemüter ihre hemmende Wirkung ausüben, bei dem menschlich fühlenden Offizier wird sie sicher oft das todringende Kommandowort zurückhalten.

Offenbar sind es ähnliche Erwägungen gewesen, die nun zu der verblüffenden Erfindung einer „Streikfugel“ geführt haben.

Auch dieser „Kulturfortschritt“ kommt aus dem westlichen Europa. Wie der Pariser Korrespondent des „Vorwärts“ berichtet, haben französische Techniker der Schießschule von Chalons ein Geschos konstruiert, das sich durch eine besonders „milde Wirkung“ auszeichnet. Die bisher aus dem Lebelgewehr versandten Kugeln durchbohrten noch auf eine Entfernung von 1500 Meter sechs Menschen. Nun unterscheidet so ein Blei- oder Stahlstück beinahe nicht zwischen Streikern und Nichtstreikern. Der am „Kriegsschauplatz“ vorüberwandelnde „ruhige Bürger“ kam in Gefahr, von einer vaterländischen Kugel getroffen zu werden. Solche Vorkommnisse pflegen nicht patriotisch ansehnlich zu wirken; in parlamentarisch regierten Ländern kann darüber unter Umständen eine ganze Regierung fallen. So zerquälten sich denn die Militärspezialisten ihre Hirn und erfanden die Aluminiumkugel, ein Geschos, das innen hohl ist, nur 500 Meter weit trägt und Riswunden erzeugt. Es zerspringt beim Aufprallen und wird deshalb in der Regel nur eine Person kampfunfähig machen. Verschiedene Schilbwehnen sollen mit dieser entzündenden Erfindung der Keuzzeit ausgerückt werden, vor allem aber ist sie dazu bestimmt, widerpenstige Arbeiter in Streikgebieten zur Reason zu bringen. Daß dies die Hauptsache ist, geht auch aus dem Namen hervor: „Streikfugel“ ist das neue Geschos von den Militärs selbst getauft worden!

„Streikfugel“

Wenn jemand etwa die Absicht gehabt hätte, das ganze Elend unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise in einer bissigen Satire an den Pranger zu stellen — er hätte nur die Geschichte von der Streikfugel zu erfinden brauchen. Für den, der lesen kann, offenbart sich in diesem einen, nichtswürdigen Wort der ganze Charakter unserer heutigen Gesellschaft. Es ist eine unbeabsichtigte Selbstberhöhung ohne gleichen, ein blendendes Bild aus dem Spiegel, in dem der „soziale Staat der Gegenwart“ sich selbst mit hochachtungsvoller Verehrung begrüßt.

„Streikfugel“

Warum streift man? Doch wohl, um nicht zu hungern, um seine Familie und sich selbst einem Zustande näher zu bringen, der man als menschlich bezeichnen kann. Man streift, um Ruhe zu erlangen: Zeit für seine eigenen Angelegenheiten, um sich geistig zu vervollkommen, um aufzuheben, zu jeder Stunde ein Sklave zu sein; man streift, um schlechter Behandlung zu entgehen, sich permanenter Qualereien zu erwehren; man streift, um sich vom Herrenübermut gesetzliche Rechte zu erziehen, kurz: man streift, um tausendfaches Unrecht, das die Arbeitenden erdulden, in der einen oder andern Hinsicht zu mildern.

Darauf antwortet der moderne Staat also gelegentlich mit einer Kugel — mit der extra für diesen Zweck hergestellten Streikfugel.

Er könnte anders antworten, nicht wahr?

Er könnte beispielsweise sagen: Der Staat ist die organisierte Gemeinschaft aller Angehörigen der Nation. Sein vernunftgemäßer Zweck kann deshalb nur sein, für die größtmögliche Wohlfahrt aller seiner Glieder gleichmäßig zu sorgen. Die einseitige Bevorzugung bestimmter Klassen oder Stände widerspricht dem Wesen des Staates. Darum muß er Interessen, die einander widersprechen, ausgleichen, muß, wenn ihm dies nicht gelingt, das Recht der Schwachen gegenüber dem Unrecht der Starken fördern. Die Kapitalisten annektieren den Mehrwert der Arbeit. Die Gewerkschaften wollen einen kleinen Teil dieses Mehrwerts zurückerobert; ihr Zweck ist ferner die kulturelle Höherführung der Unterdrückten. Kein Zweifel: der Staat muß sie mit allen gesetzlichen Mitteln unterstützen, — auch deshalb, weil die Arbeit die eigentliche Quelle der Staatskraft ist; das Volk schafft den Reichtum des Landes, und schließlich: es deut, wenn es sein muß, mit seinem Leibe die Grenzen.

So etwa könnte der Staat sprechen.

Er kann es nicht, weil er ein Klassenstaat, weil er ein vom Kapital beherrschter Staat ist.

Er will aber auch ein humaner Staat sein; er braucht die Gloriole der Humanität mit Rücksicht auf den politischen Unterbau der Kapitalsherrschaft. Die unangenehmsten Arbeiter müssen in ihrer Unselbständigkeit erhalten, und es muß ihnen darum die Lage suggeriert werden, der Staat sei wirklich eine unparteiische Wohlfahrtsbehörde für alle. Es müssen ferner jene breiten Schichten, die man im weitesten Sinne als Mittelstand bezeichnen kann, bei guter Laune erhalten werden. Aus diesen Kreisen erstehen von Zeit zu Zeit gewisse moralische Forderungen, die sich in der Regel nur durch ihre Halbheit und Unklarheit auszeichnen. Ein dunkles Gefühl der Humanität wird wach und empört sich gegen diese oder jene Einrichtung des Staates, spontane Aeußerungen warmfühlender Menschlichkeit (man erinnere sich der Heimarbeiterbewegung!) alarmieren die Öffentlichkeit und vergehen eilig, wie sie schnell gekommen sind.

Kurz: der Staat hat alle Ursache, die Pfeiler seiner Macht nicht durch rücksichtslose Brutalität nach unten zu erschüttern.

„Blut ist ein ganz besonderer Saft!“

Eine umfangreiche Anwendung der Scharfschüsse gegen den „inneren Feind“ würde auch in den eben gezeichneten Schichten Empörung wecken, würde die öffentliche Meinung zum Protest aufrufen, müßte also den Anhang der Regierung vermindern und seinem humanitären Firmenbild einen schweren Stoß versetzen.

Aber die Streikfugel?

Die Streikfugel ist ein Erzeugnis der Humanität selbst! Die Streikfugel beweist ja deutlich und zweifelsohne, daß es dem Staat bitterer Ernst ist mit seiner Humanität. Erkens werden die „ruhigen Bürger“ verschont, wenn sie nicht zu nahe herankommen, und die Arbeiter kriegen nur Riswunden, sofern sie nicht etwa das Auge hinaushalten oder eine sonst leicht zu durchschießende Stelle. Immerhin: auf jede Kugel kann höchstens ein Toter kommen.

Das ist doch human, nicht wahr?

Ja, wir zweifeln wirklich nicht daran, daß diese Streikfugel, wenn sie sich nur erst „bewährt“ hat, als eine köstliche Frucht der Humanität gepriesen werden wird.

Vorläufig wächst diese Frucht nur in Frankreich.

Ob man sie nach Deutschland importieren wird? Unsere Sunter sind nicht für halbe Maßregeln, und die berühmte „preussische Sparfamkeit“ könnte es in Betracht

der vorzüglichen Scharfschuswirkung Munitionsverschwendung heißen, wenn man sechs Kugeln anwenden will, wo eine genügen würde.

Aber vielleicht findet die Regierung, wenn politische Verlegenheiten es erfordern, darin eine „Annäherung an den liberalen Gedanken“?

Wer kann's wissen?

Wir würden dann herrliche Dinge erleben, soviel steht fest.

Die Hemmungen, die heute die Kugel im Flintenlauf halten, fielen größtenteils fort.

Was bisher fürchterlicher Ernst war, könnte von robusten Gemütern zum Sport gemacht werden: Proletenjagd! . . . Warten wir's ab.

Auch die Aluminiumkugel würde an der Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften zerspringen.

Aber in den Museen der Zukunft wird man die Streikfugel als Glanz- und Prachtsstücke zeigen: als ein Zeugnis von der Humanität des zwanzigsten Jahrhunderts — oder als Beweis seiner Barbarei.

Das neue Geschlecht.

Anläßlich des Internationalen Arbeiterkongresses, der im August d. J. in Kopenhagen tagen wird, wird dort um dieselbe Zeit die internationale Jugendbewegung eine Parade über ihre Truppen abhalten. Es ist zwar erst ein neuer Zweig am Baume der modernen Arbeiterbewegung, die sich über die ganze Erde ausbreitet hat, aber nicht desto weniger dürfen wir nicht ohne Stolz ansprechen, daß diese Jugendbewegung die Hoffnung des zum Klassenbewußtsein erwachten internationalen Proletariats ist. Lezten Endes sind alle Kämpfe, Niederlagen und Siege des modernen Proletariats auch Kämpfe, Niederlagen und Siege der internationalen Jugendbewegung und umgekehrt. Kämpft die organisierte Arbeiterschaft nicht nur um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern schließlich auch um Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit alles dessen, was Menschenantlit trägt, so tritt auch die internationale organisierte Jugendbewegung in dieselben Fußstapfen, reißt ihre Glieder nach allen Seiten und fordert von den Herrschenden mehr Licht und Freiheit und vollen Anteil an den Errungenschaften der Kultur. Der Gehelung und der jugendliche Arbeiter sind gleichermaßen ausgebeutete Objekte des Kapitals, sei es nun im Handel, in der Industrie oder im Handwerk. Ja, sie sind vielfach noch weit mehr der willenlose Spielball der Meister, Prinzipale und sonstigen „Vorgesetzten“, als der erwachsene Arbeiter, der sich schon in seiner Organisation eine Quelle der Kraft, der Sicherheit, der Erholung, des Wissens und der Aufklärung geschaffen hat. In jahrzehntelangen heißen Ringen mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat er dieser einen bescheidenen Bruchteil der Kultur abgerungen und muß es noch immer weiter tun. Schleppt er auch noch mancherlei Fesseln (z. B. die Koalitionsbeschränkung in § 153 der Gewerbeordnung, Streikpostenverbote usw.) mit sich herum, so wird er sich doch gleich dem gefesselten Prometheus dieser Ketten allmählich zu entledigen wissen. Die Jugendbewegung wird aber noch weit mehr durch die offizielle deutsche Reichs- und Landesgesetzgebung, wie durch ortskautarische Maßnahmen der Städte gehemmt (man denke nur an das Reichsvereinsgesetz, an die erschwerten Bedingungen, die die Innungsrauter in die Lehrverträge aufnehmen sich erdreisten, falls der junge Mann sich in die freie Jugendorganisation als Mitglied aufnehmen läßt usw.). Erst kürzlich haben wir es erleben müssen, daß der preussische Kriegsminister einen Marmruf erteilen ließ, der den Bundesrat aufforderte, Maßnahmen zu treffen, um den Patriotismus bei der schulentlassenen Jugend künstlich groß zu pappeln, der wahrscheinlich arg in die Brüche gegangen ist, wie das Glaubensbekenntnis des Ministers klar erkennen ließ. Ist es nicht geradezu ein Skandal, daß dem großenteils selbst noch erziehungsbedürftigen Innungsrauter das Wohl und Wehe seines Lehrlings überlassen bleibt, daß er sich herausnehmen darf, ihn zu züchtigen, wie und wo es ihm beliebt? Sind doch Fälle bekannt geworden, daß der Meister dem Lehrling ein Ohrspeise gegeben hat, wodurch das Trommelfell zerstört wurde, und doch sollte das keine schwere körperliche Mißhandlung sein, die zur sofortigen Aufhebung des Lehrungsvertrags berechtigt! Wo bleibt der Jugendschutz in der Gesetzgebung, wie mangelhaft ist die Arbeitszeit der Jugendlichen geregelt! Wie so gar nicht sorgen die Handwerksmeister für das geistige Fortkommen der ihnen Anvertrauten. Der Unterricht in der Fortbildungsschule wird in vielen Städten noch in die späten Abendstunden verlegt, um nur ja nicht den Jugendlichen die Möglichkeit einer gediegenen Ausbildung zuteil werden zu lassen. Kurzum, an allen Ecken und Enden mangelt es, um ein gesundes Geschlecht für den Kampf ums Dasein heranzubilden. Wie können sich die herrschenden Klassen dann darüber wundern, wenn die organisierte Arbeiterschaft sich der so grob vernachlässigten Jugend, die obendrein noch Fleisch von ihrem

Fleisch und Blut von ihrem Blut ist, annimmt und mit mühevoller Arbeit die Erzieherrolle übernimmt? Wären die herrschenden Klassen nur ihre eigene Jugend heranzuziehen. Da steht noch sehr viel im Argen, wie die vielen Untaten der Studenten (siehe Bonn, München usw.) beweisen. Wären sie erst einmal Bericht über sich und ihre eigenen Jugend abhalten, ehe sie sich anmaßen, Leben und Gesundheit der Arbeiterjugend für ihre eigensüchtigen Zwecke auf Spiel zu setzen und zu untergraben. Das gilt für die gesamten bürgerlichen Parteien. Wir wissen ganz genau, daß die moderne Arbeiterbewegung, indem sie die Jugendfrage in ihr so wie so schon reich belastetes Programm einfügte, eine schwere Verantwortung auf sich nahm und noch nimmt, aber wir wissen auch, daß wir uns unter den gegebenen Verhältnissen dieser Aufgabe nicht entziehen können, wenn wir uns nicht an unsern eigenen Geschlecht verjüngen wollen.

Wie gesagt, die Jugendbewegung ist im Rollen und nicht wird sie in ihrem Siegeszuge aufhalten. Die verbissene Brut unser Gegner wird zwar alles aufbieten, um das Reformationswerk der modernen Arbeiterbewegung zunichte zu machen oder durch Zwangsmaßnahmen zu gefährden. Inbesonderem kann uns das nicht abhalten, auf dem betretenen Pfad weiter zu arbeiten.

Die moderne Jugendbewegung besteht erst seit ungefähr 6 Jahren, aber die Fortschritte sind doch unverkennbar. Von allen erziehungsbegabten Kräften der Gewerkschafts- und Parteibewegung gestützt und gefördert, wird sie allmählich aus der Sturm- und Drangperiode herausstreifen und in ein sicheres Fahrwasser einsteuern. Ein schönes, immer mehr sich ausbauendes Jugendorgan bringt Richtung und Zielklarheit in die Jugendbewegung. Im April d. J. fand in Berlin die erste Jugendkonferenz statt, die vorwiegend vertraulichen Charakteres war und den Delegierten große Belehrung auf den verschiedensten Gebieten bot. Fast keine bedeutende Stadt in Deutschland war unvertreten; überall her, aus dem Norden und Süden, aus Siedeln und Westen kamen die Vertreter der Jugendlichen, und auch die Erwachsenen boten ihren guten Willen auf, um ihr Interesse für die Jugendbewegung zu bekunden. Die auf der Konferenz gehaltenen Vorträge dienten gleicherweise der Information wie der Weiterbildung der Jugendlichen wie der Erwachsenen. Ohne ein Schema aufzustellen für alle Jugendausschüsse, wurde doch die Grundlage gelegt für ein erspriechliches Weiterarbeiten. Ich bin überzeugt davon, daß unsere Vertreter auf der internationalen Jugendkonferenz in Kopenhagen ein erfreuliches Bild der Entwicklung in Deutschland geben können! Ich habe aber auch das Vertrauen, daß die internationale Konferenz den Jugendlichen aller Kulturländer manchen dankbaren Fingerzeig auf den Weg geben wird, daß insbesondere die Erwachsenen den hohen Wert der gegenseitigen Aussprache erkennen lernen und in der Heimat neuen Samen in den angewachsensten Boden streuen werden. Mit uns und nach uns wird demnächst ein neues Geschlecht aus der Tiefe ans Licht drängen, weiterharter und gesunder als der unsrige, es wird neue und noch schönere Felder- und Wälderarbeiten der Kultur verrichten und damit unermeßliche Schätze spenden!

L. R.

Leichte Arbeit.

Die Leistungen unserer Invaliden- und Unfallversicherung sind auf den proletarischen Wagen zugeschnitten. Nicht einmal vor dem Anfangen schätzen sie. Sowohl in der Invaliden- wie in der Unfallversicherung beträgt die „Rente“, die ein Invalid oder ein Verletzter erhält im Durchschnitt etwa 160 Mk. pro Jahr. Damit können auch nicht die allerdürftigsten Lebensbedürfnisse bestreiten werden.

Unsere bürgerlichen Sozialpolitikler bringen zur Entschuldigung vor, daß die Renten auch nur „Zufüsse“ zu dem Lebensunterhalt darstellen. Dem Rentner sei es ja erlaubt, „leichte Arbeit“ noch zu verrichten. Das wird in der Tat von den bescheidenen Geheuern auch nicht unterzagt. Nach dem Invalidenversicherungsgesetz erhält Invalidenrente ohne Rücksicht auf das Lebensalter derjenige Beschäftigte, welcher im Sinne des § 3 Abs. 1 dauernd arbeitsunfähig ist. Und die erwähnte Bestimmung lautet:

„Der Versicherungsgegner unterliegt nicht diejenigen Personen, deren Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder andern Ursachen dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. Dies ist dann anzunehmen, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, durch eine ihnen zureichende und gewöhnliche entsprechende Tätigkeit, die ihnen unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufs zugemessen werden kann, ein Drittel desjenigen zu verdienen, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit gleichem Ausbildungsstand in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“

Man hat bei dieser Bemerkung, daß man bei der Rentenfestsetzung wenig davon spürt, daß der Rentner vorer nur ein Drittel verdient, daß er sich nicht mehr in der Lage befindet, ein Drittel zu verdienen, wenn der Arbeitgeber es zuzulassen erwerbsfähig ist. Man ist oft bestrebt die Worte, daß der Rentner dauernd arbeitsunfähig ist, zu verstehen im Sinne und somit auch nicht zu verstehen. Arbeit und Freizeit sind also hier sehr miteinander verbunden.

So noch können Wege nicht in der Unfallversicherung herbor, daß die Renten nur Zufüsse zu dem Einkommen sind und daß der Verletzte auch verhältnismäßig arbeitsfähig sein sollen. Nur für den Fall der geringen und vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit kann die Höhe der Rente in Höhe von zwei Dritteln des bisherigen Einkommens sein. Zusammen muß aber, daß eine derartige verhältnismäßige Arbeitsfähigkeit nur in ganz seltenen Ausnahmefällen von den Stellen, welche die Rente festsetzen haben, angenommen wird. Es muß ein Verletzter schon beide Hände und beide Füße verloren haben, bevor eine solche verhältnismäßige Arbeitsfähigkeit angenommen wird. Dann hat er „nur“ beide Hände verloren, so wird man sagen, daß er ja noch mit den Gliedern arbeiten kann. Solcherfalls erhält er nur ein Drittel. Diese Maßnahmen sollen die Hauptstütze in der Unfallversicherung sein.

Auch die geringen Unterhaltungen sollen die Arbeiter davon abhalten werden. Die Unterhaltungen sind „unvollständig“, also ungenügend, sie sollen nur einen vorübergehenden „Arbeitsersatz“ geben. Die Arbeiter, die zwar noch die Hände und Füße verlohren haben und nicht mehr arbeiten können, sie sollen nur ein Drittel, auch wenn es sich nicht um die Hände und Füße, sondern um die geistigen Fähigkeiten handeln, bis, auch wenn sie geistig und körperlich gesund, ein Drittel erhalten, was der Arbeit der anderen zu leisten.

Man hat die eine Frage: „Wo ist der „leichte“ Arbeit für die Erwerbsunfähigen heranzuziehen?“ Die Rente und jene Stellen, welche die Rente festsetzen, können es nicht leisten. Sie überlassen es dem Arbeiter, die Arbeitsfähigkeit selbst zu erlangen. Es ist zu erwarten, daß die Erwerbsunfähigen, die nicht mehr arbeiten können, zu verschiedenen Zeiten, die in anderen Ländern

Erwerbsleben und Produktionswesen die „leichte“ Arbeit immer seltener wird. Die Beschaffung des Unterhalts durch einen selbständigen Erwerb, vielleicht durch ein kleines Geschäft, einen Handel usw. wird immer unmöglicher. Das Groskapital hat die kleinen Erzeugnisse ausgezogen und vernichtet. Die kleinen Gewerbetreibenden finden ein erbärmliches Dasein oder müssen zugrunde gehen, selbst wenn sie körperlich gesund sind. Der Rentner muß also wieder Beschäftigung gegen Gehalt oder Lohn suchen. Findet er denn aber hierbei leichte Arbeit? Wohl nur in verhältnismäßig wenigen Ausnahmefällen. Der Unternehmer will möglichst gesunde, leistungsfähige Arbeiter, und bei ungenügenden Einrichtungen, die ein ständiges Heer von Arbeitslosen erzeugen, findet er auch genügend solcher Arbeiter. Will der „Rentner“ nicht verhungern, so muß er Gesundheit simulieren, muß wie ein arbeitsfähiger Arbeiter auszuweisen und diesem gleichkommende Arbeiten verrichten. Unser moderner Produktionsprozeß kennt keine „leichten Arbeiten“, jeder Arbeiter muß seinen Mann stellen und seine ganzen Kräfte anstrengen, mitunter über anstrengen. „Pardon“ wird nicht gegeben.

Was ist die Folge? Der Arbeiter reißt in kürzester Frist auch noch seine letzten Kräfte auf. Er muß sich quälen, bis er brüchig und gänzlich niedersinkt und sein Proletarierleben ausschaut. Wäre es ihm vergönnt gewesen, sich zu schonen, sich der verdienten Ruhe hinzugeben, so wäre es möglich gewesen, daß er sich erholt oder daß er sich noch eine längere Zeit des Daseins erfreute oder den Lebensabend in Ruhe beschließen könnte. Aber selbst für den Fall der körperlichen Unfähigkeit zwingen den Arbeiter die gezeigten und damit verbundenen wirtschaftlichen Gesetze, alles, und sei es das Leben selbst, für den Kapitalismus zu opfern.

Aber schon den Fall angenommen, der Arbeiter könnte unter Aufbietung seiner letzten Kräfte den Gefahren einer neuen aufreißenden Tätigkeit eine Weile trotzen — was geschieht dann? Die Versicherungsüberprüfer „entdecken“, daß der „Rentner“ wieder gesund und arbeitsfähig oder sich an die Verhältnisse „gewöhnt“ habe. Die Folge ist, daß man ihm die Rente ganz entzieht, als Strafe dafür, daß er nicht den Hungertod wählte, sondern weiter um sein Proletarierdasein kämpfte.

So lange die Leistungen der Arbeiterversicherung und insbesondere die Invaliden- und Unfallrenten nicht einigermaßen ausreichten, um das menschliche Dasein leisten zu können, verheißt sie ihre Wirkung. Sie bewahren den Arbeiter nicht vor dem Untergang. Auch darin ist ein Widerspruch unserer Arbeiterversicherungsgesetzgebung zu finden, daß sie einerseits nicht genügend unterstützt und so den „Rentner“ zwingt, wieder erwerbsmäßig tätig zu sein, gleichwohl aber eine solche Folge wieder als Grund benutzt, die Renten wieder zu entziehen.

Eine der notwendigsten Ausgestaltungen der Invaliden- und Unfallversicherung hat daher die Erhöhung der Leistungen zu sein. Die Invalidenrenten werden zwar, je länger das Invalidenversicherungs-gesetz besteht, etwas höher, weil es den Rentenverwebern gelingt, eine größere Zahl von Beitragsmarken nachzuweisen, und sich ja die Rente zum Teil aus der Zahl dieser Marken berechnet. Diese Steigerung ist jedoch nur eine ganz minimale, sie hält nicht entfernt gleichen Schritt mit der fortgeschrittenen Verteuerung der Lebensmittel. In der Unfallversicherung sind jährlich die Renten in ihrer absoluten Höhe zurückgegangen. Wenn sie auch in den allerletzten Jahren wieder ein klein wenig gestiegen sind, so geschah das aber auch nicht in demselben Verhältnis, wie die Löhne und die Kosten der Lebenshaltung stiegen. Statt Erhöhung also Herabsetzung der Unterhaltungen! Hier muß durch die Reform der Arbeiterversicherung gründlich Wandel geschaffen werden.

Der Arbeitsmarkt im 2. Quartal 1910.

Soweit sich aus den Arbeitslosenziffern der deutschen Gewerkschaften ein Urteil über den Arbeitsmarkt gewinnen läßt, lautet er nicht günstig. Zwar ist die Arbeitslosenziffer geringer als im ersten Quartal dieses Jahres, aber der Rückgang ist nur minimal. Ja, gegen den Stand Ende März ist sie sogar in allen drei Monaten des zweiten Vierteljahres gestiegen. Im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres ist allerdings die Besserung erheblich. Für die ersten Halbjahre der letzten vier Jahre ergeben sich folgende Ziffern:

Von je 100 Mitgliedern waren am letzten Tage des Monats arbeitslos:

	Ende			
	1907	1908	1909	1910
Januar	1,7	2,9	4,2	2,6
Februar	1,6	2,7	4,1	2,3
März	1,3	2,5	3,5	1,7
April	1,3	2,8	2,9	1,8
Mai	1,4	2,8	2,8	2,0
Juni	1,4	2,9	2,8	2,0

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum März 1910 in den beiden folgenden Monaten, April und Mai, wiederum etwas zugenommen hat; im Juni blieb sie hingegen auf derselben Höhe wie im Mai. Sie war in allen drei Monaten geringer als an dem entsprechenden Stichtagen der Jahre 1909 und 1908, blieb jedoch noch etwas über dem Stande der Stichtage des Jahres 1907.

Die Verhältnisziffer der Fälle von Arbeitslosigkeit, welche die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des Vierteljahres darstellt, beträgt diesmal 2,1. Sie ist um 1,5 niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und auch noch niedriger als im 2. Vierteljahr 1908, jedoch noch um 1,9 höher als im gleichen Vierteljahr des Jahres 1907.

Die Unterhaltungsstättige und Unterhaltungsstättigen, die im 2. Vierteljahr gezahlt wurden, sind folgende:

	Unterhaltungsstättige am Orte auf der Reise		Unterhaltungssumme am Orte auf der Reise	
	männliche	weibliche	männliche	weibliche
1. Vierteljahr	894 854	191 591	1 271 428	209 260
2. Vierteljahr	43 989	138	34 480	182
Summa	938 823	191 729	1 305 908	209 442

Die Gesamtsumme ist um 341 945 Mk. geringer als die im ersten Vierteljahr gezahlte. Die durchschnittliche Unterhaltungs-summe, auf den Kopf der unterhalteten Personen berechnet, betrug bei dem gleichen Verhältnisse im 2. Vierteljahr 1910 22,25 Mk. gegen 25,48 Mk. im 2. Vierteljahr 1909.

Während allgemein gegen das Vorjahr eine Verminderung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, liegt es in unserm Verbands umgekehrt: unsere Arbeitslosenziffer ist absolut und prozentual gestiegen. Wir geben nachstehend die genauen Ziffern:

	Unterhaltungsstättige		Unterhaltungssumme		Zusammen	
	am auf der Orte	auf der Reise	am auf der Orte	auf der Reise	am auf der Orte	auf der Reise
	1910		1909		1909	
1. Vierteljahr	74 547	6281	92 223	7627	80 928	99 850
2. Vierteljahr	55 874	6253	61 349	6728	62 527	68 077

Nachstehend geben wir gleich die Prozentziffern. Am letzten Tage des Monats waren von je 100 Mitgliedern arbeitslos:

	1910		1909	
	April	Mai	April	Mai
	1,5	1,5	1,5	1,2
	1,4	1,2	1,3	1,2

Die Fälle von Arbeitslosigkeit im ganzen Quartal betragen bei uns im zweiten Vierteljahr 1910 5,2, im gleichen Quartal des Vorjahres nur 4,2, und die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit betrug nur 11 Tagen im Vorjahre auf 15 Tage im diesem Jahre.

Das ist eine nicht unerhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die bei unsern kommenden Kämpfen in Rechnung gestellt werden muß.

Unfreiwillige Agitatoren für den Verband.

Die Direktion der Speisefabrik von C. u. G. Müller (Stettin) scheint über das Koalitionsrecht der Arbeiter recht eigenartiger Meinung zu sein. Nachdem ihr unterbreitet wurde, daß die Mehrzahl ihrer sonst so zufriedenen Arbeiter sich dem Verbande angeschlossen hätte, mußte sie versuchen, dieses den Arbeitern auszureden, damit wieder „Frieden“ einkehrte. Unserm Vertrauensmann, welcher bereits 12 Jahre im Betriebe beschäftigt ist, wurde bedeutet, daß er sich bekümmere andere Arbeit suchen solle, damit man (die Direktion) nicht gezwungen sei, ihn, als alten Arbeiter, zu entlassen. **Hier erbaute man unter keinen Umständen.**

Da nun die Direktion und auch der Herr Inspektor Fochtmann ein reges Interesse an dem Tag legten, über unsere Versammlungen unterrichtet zu werden, wurden beide durch Einschreibebrief zu der Betriebsversammlung eingeladen, jedoch zogen sie es leider vor, nicht zu erscheinen. Daß nun aber die junge Organisation doch auf das Gemüt der Direktion gewirkt hatte, beweist folgender Anschlag:

An unsere Arbeiter und Arbeiterinnen!

Infolge der weiter verteuerten Lebenshaltung haben wir uns veranlaßt gesehen, unsere Arbeiter und Arbeiterinnen von der ersten Juliwoche 1910 an eine Erhöhung des Wochenlohnes von 1.— Mk. bzw. 0,50 Mk. zu gewähren. — Es erhalten demnach jetzt

die Arbeiter 19.— Mk. pro Woche, die Vorarbeiter 20,50 Mk. pro Woche.

Die Monatszulagen, die nach wie vor immer nur am Ende des Monats zahlbar sind, erhöhen den Wochenlohn wie folgt: Für Arbeiter mit 19.— Mk. pro Woche Lohn um ca. 1,50 Mk. pro Woche Monatszulage, = 20,50 Mk. pro Woche im Durchschnitt;

für die meisten unserer Vorarbeiter, soweit sie nicht noch höhere Zulagen auf Grund einer besonders verantwortungsvollen Stellung genießen, von 20,50 Mk. pro Woche Lohn um ca. 1,50 Mk. pro Woche Monatszulage, = 22.— Mk. pro Woche im Durchschnitt.

Der Satz für Ueberstunden bleibt derselbe wie bisher. Unsere Arbeiterinnen beziehen statt bisher 9,50 Mk. wöchentlich 10.— Mk. und den bisherigen Monatszuschuß.

Für Ueberstunden wird ebenfalls der bisherige Satz gezahlt. Um ein richtiges Bild des Einkommens und der sonstigen Vergünstigungen unserer Arbeiter zu erhalten, sind auch die Weihnachtsgeldchen mit in Betracht zu ziehen, die im allgemeinen die Höhe eines Wochenlohnes ausmachen, was auf ca. 35 Pf. pro Woche auskommt; bei älteren Vorarbeitern auf besonders wichtigen Posten rechnet dieses Weihnachtsgeldchen sogar von 0,50 Mk. bis zu 1.— Mk. pro Woche und etwas darüber.

Als eine besondere Vergünstigung ist auch das freie Frühstück- und Besper-Schmalz anzusehen, dessen Wert bei dem hohen Preisstande im Jahre 1909 auf ca. 5000.— Mk. zu veranschlagen ist. Da der Wert des Schmalzes in diesem Jahre nicht geringer geworden ist, so kann man auch für 1910 schon diesen selben Betrag rechnen.

Stettin, den 9. Juli 1910.

C. u. G. Müller,
Speisefabrik, Aktiengesellschaft.
Walter Müller.

Wenn nun die Direktion gehofft und geglaubt hatte, daß die Arbeiter der Organisation mit einem Schläge den Rücken kehren würden, so hatte sie sich getäuscht. Die Arbeiterchaft ist der Meinung, daß es nicht nötig sei, ihr den Lohn in allen Einzelheiten vorzurechnen, denn sie muß doch am besten wissen, wie mit dem Lohn auszukommen und zu wirtschaften ist. Die Vorrechnerei der Direktion beweist aber, daß alle die Gratifikationen und Weihnachtsgeldchen recht unzureichende Einnahmequellen sind, und die Arbeiter würden es vorziehen, wenn Löhne von 21 und 22 Mk. wöchentlich zur Auszahlung gelangen würden; denn daß diese Löhne wirklich bescheiden sind und der Direktion nicht zur Ehre gereichen, wird jeder zugeben müssen.

Aber eine feine Aufrechnung ist es, wenn angegeben wird, daß bezahlte Frühstück- und Besper-Schmalz belaufe sich bei durchschnittlich 100 im Betriebe beschäftigten Arbeitern auf 5000 Mk. Ist da nicht etwa zu viel geschmiert worden? Ist nicht vielleicht die Direktion verantwortlich, wenn sich die Arbeiter an all dem Schmalz den Magen verderben?

Wenn aber jetzt die Löhne erhöht wurden, so kann man dieses wohl als einen Erfolg der Organisation ansehen. Wenn da die Lebenshaltung sich schon seit Jahren verteuert hat, ohne daß der Unternehmer an seine Arbeiter dachte, ist doch nicht anzunehmen, daß das Herz des Unternehmers gerade dann an die Arbeiter dachte, als die Organisation sich bemerkbar machte. Die Arbeiter werden aber an diesem Verhalten den Wert der Organisation erst recht lernen.

Über der Anschlag auf der Lohnzulage noch nicht die richtige Wirkung bei den Arbeitern auslöste, sondern diese vielmehr darüber zur Tagesordnung übergingen, zeigte die Direktion von neuem ihre schmalzweiche Herz, indem folgender Anschlag den Arbeitern bekannt gegeben wurde:

An unsere Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wir machen hierdurch bekannt, daß, wie in den letzten Jahren, auch im Jahre 1909 der Arbeiterunterstützungsfonds eine Erhöhung erfahren hat dadurch, daß für denselben von der Direktion 1000 Mk. ausgesetzt sind; außerdem hat sich die Direktion entschlossen, den im vorigen Jahre dem Fonds unter besonderem Hinweis entnommenen Betrag von 431,60 Mk. für abhanden gekommene Maßnahmenteile wieder zuzuführen. Die Verzinsung des Kapitals hat wie bisher stattgefunden.

Das Kapital betrug am 1. Januar 1909, 5338,65 Mk. Hierzu Zinsen 301,50 „
Zurwendung der Direktion 1000, „
Wiederzuführung für Maßnahmenteile 431,60 „
7071,75 Mk.

Hiervon ausgezahlt Unterstützung pro 1909 216, „
Bestand am 1. Juli 1910 . . . 6255,75 Mk.

Für dieses Jahr ist ebenfalls eine Zurwendung von der Direktion erfolgt, und zwar von 1200 Mk. Seit dem Jahre 1909 hat die Direktion sich auch entschlossen, bis auf Widerruf bei Krankheitsfällen von der 5. Woche an eine Unterstützung von 3 Mk. pro Woche aus dem Fonds zu gewähren.

Gefühle um Unterstützung sind nach wie vor an die zuständigen Inspektoren, Herren Fochtmann, Weikel und Maschinenmeister May bzw. an die Stellvertreter dieser Herren zu richten; wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß Unterstützungen nur so lange gewährt werden, wie die Unterstützungsbedürftigen in unsern Diensten stehen. Ueber das Unterstützungskapital behält sich die Firma C. u. G. Müller, Aktiengesellschaft, nach wie vor alleiniges Verfügungsrecht vor.

Genaue Abrechnung über das Jahr 1909 wird dem Vorstand der Arbeitervereinigung zukommen, der über Einzelheiten auf Wunsch Auskunft erteilen kann.
Stettin, den 21. Juni 1910.

Aber auch dieser Anschlag hat bis heute nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Die Arbeiter sind der Meinung, daß aus diesem Fonds erst etwas werden kann, wenn den Arbeitern auch die Selbstverwaltung übertragen wird. Sicherlich würde dann nicht das beschämende Resultat zu verzeichnen sein, daß bei durchschnittlich

100 Beschäftigten 2,16 Mk pro Jahr und Kopf als Unterzahlung gezahlt würden. Wohl Winnen aus dieser Kasse Zuzufüsse gegeben werden, doch wenn der Arbeiter nicht mehr geboten wird, dann sollte der Name „Unterstützungsfonds“ ruhig in Wegfall kommen. Auch in dieser Beziehung ist die Organisation vorbildlich vorangegangen. Die Direktion konnte jedoch ihren Gang zur Wohlthätigkeit auch dadurch beweisen, wenn sie im Betriebe für bessere Ordnung Sorge tragen würde. Von einem Betriebe, welcher Speisekette herstellt, konnte man billigerweise verlangen, daß den Maiten etwas energischer auf's Dach gestiegen würde, wie es leider bislang der Fall war, denn diese sollten sich in der Fabrik ganz häuslich niedergelassen haben, als seien sie dort unentbehrlich. In einem solchen Betriebe sollten die männlichen Arbeiter mindestens verlangen können, daß auch für sie Ankleideräume geschaffen werden, damit die Straßenkleider nicht in jeder Ecke der Fabrik aufgehängt werden müssen. Zu wünschen ist auch, daß die Spinde und Waschbecken, welche annähernd 2 Jahre auf dem Hof umherliegen, endlich einen zweckentsprechenden Platz angewiesen erhalten, damit der Hwed erreicht wird, welchem sie dienen sollen. Ebenfalls ist es notwendig, daß man dem Frühlingsraum einmal seine Aufmerksamkeit zuwendet, denn die Arbeiter sind nicht sehr erbaut davon, wenn der herabfallende Kall ihnen in die Ohrendyse fällt. Wenn der Herr Inspektor Hochmann diesen Zuständen seine Aufmerksamkeit widmen würde, dann wäre das im Interesse der Arbeiter und auch des Betriebes besser und eine nützlichere Arbeit, als wenn man glaubt, wie ein Polizeibeamter nach organisierten Arbeitern schnäffeln zu müssen. Denn daß dies eine nutzlose Arbeit ist, selbst wenn man von Personen unterstützt wird, welche wegen Soldatenmißhandlungen oder andern Vergehen beim Militär degradirt worden sind und nun glauben, durch Schnarogerelei sich einen Namen zu machen, sollte endlich auch der Herr Inspektor einsehen. Die Arbeiter werden sich durch derartige Schikanen nicht kenne machen lassen, sondern werden nach wie vor für die Organisation arbeiten.

Als diese Zeilen bereits niedergeschrieben waren, wurde uns mitgeteilt, daß die Spinde und Waschbecken bereits einen zweckentsprechenden Platz angewiesen erhalten haben und somit der Arbeiter zur Benutzung freigestellt sind. Hoffentlich werden auch die Katten bald an die Reihe kommen. Das Aufstellen der Waschbecken und Spinde quittieren wir als einen neuen Erfolg unserer Kritik.

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Die deutsche Ziegelindustrie im Jahre 1909.

III.

Die Unfallhäufigkeit in der Ziegelindustrie ist nach dem Vorkommen der Ziegeleibeißen nur auf die Unachtsamkeit der Arbeiter zurückzuführen. Zum Teil mag das richtig sein, und zwar deshalb, weil die Arbeiter durch die geringen Lohnsätze gezwungen sind, jede Vorsicht außer acht zu lassen. Die Schuld fällt also immer wieder auf die Unternehmer zurück. Sogar die Aufsichtsbeamten der Ziegelei-Vereinsgenossenschaft sind dieser Ansicht. In ihren Berichten wird Klage darüber geführt, daß die sogenannten Akfordmeister der Unfallverhütung so gut wie gar kein Interesse entgegenbringen. Die geringen Akfordsätze, das Streben nach reichlicherem Gewinn, die stellenweise bestehende Verpfändung, die Schutzvorkehrungen aus eigenen Mitteln anzubringen, bildeten die hauptsächlichsten Gründe für diese Erscheinung. Andererseits seien aber auch die Arbeiter nur sehr wenig mit den Unfallverhütungsvorschriften vertraut. Es wird daher beabsichtigt, in größeren Ziegeleibetrieben oder an Orten mit zahlreichen Ziegeleien Vorträge über die Unfallverhütung abzuhalten. Auch ist die Bekannmachung bemerkenswerter Unfälle mit entsprechender Warnung am sogenannten Schwarzen Brett der einzelnen Betriebe ins Auge gefaßt.

Wie notwendig derartige Maßnahmen sind, zeigt der Umstand, daß von 1545 revidierten Betrieben in 957 die erforderlichen Schutzvorrichtungen und in 225 Betrieben die Verbandlatten fehlten. Nachstehende Mängel wurden wiederholt vorgefunden: Fehlen der Unfallverhütungsvorschriften; unvorschriftsmäßiger Abbau der Tongruben; schlecht verlegte Geleise; schwer bewegliche Drehstühle; mangelhafte oder fehlende Bremsvorrichtungen an den Rippwagen; Fehlen von Borrichtungen, die beim Umkippen der Mulden das Umschlagen der Wagengestelle verhindern; mangelhafte oder fehlende Verschlässe an Fahrstuhlzugängen; zu niedrige Umwehungen an Fahrstuhlstützen; Unachtsamkeit von Schuppen, Defen und Schornsteinen; ungenügende oder fehlende Umwehungen der Transmissionräume; fehlende Riemenunterfangungen; unbedeckte Fahrtrabekleinrichtungen; nicht oder mangelhaft geschützte Einwürfe von Walzwerken, Mischern und Tonschneidern; fehlende Schutzklappen an den Aufzügen und Abnehmeseiten der Revolverpressen; fehlende Verdeckungen oder Umwehungen von Fußbodenöffnungen usw. Wenn in Betracht gezogen wird, daß nur ein kleiner Teil der Betriebe revidiert werden konnte, so läßt sich an dieser Aufzählung die Unsumme von Mifftänden, die in den Ziegeleien noch herrschen, leicht erkennen.

An den Walzwerken und Revolverpressen sind vielfach jugendliche Arbeiter verunglückt. Die Aufsichtsbeamten empfehlen deshalb, diese Beschäftigung für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu verbieten. — Eine recht vernünftige Ansicht, die hoffentlich nicht an der Profitgier der Ziegeleiunternehmer scheitert. Auch bei der Gewinnung des Rohmaterials und bei Arbeiten in Brennöfen wurden mehrfach jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen angeeignet. In einem Fall war sogar ein 14jähriger Arbeiter mit der Führung einer Lokomobile betraut. Der revidierende Beamte ließ die Maschine bis zur Rückkehr des Meisters abstellen, in der richtigen Erkenntnis, daß durch eine solch unzuverlässige Bedienung Menschen und Betrieb in eine unabwehrbare Gefahr gebracht werden können. Eine erhöhte Unfallgefahr erblickten auch die Beamten in der Beschäftigung von ausländischen Arbeitern, da diese oft der deutschen Sprache nicht mächtig, mit den Unfallverhütungsvorschriften nicht bekannt gemacht werden können, und daher nicht nur selbst den Unfallgefahren leichter unterliegen, sondern auch eine Gefahr für ihre Mitarbeiter bilden. Die Einföhrung von fremdsprachlichen Unfallverhütungsvorschriften wird aber bekanntlich von den Ziegeleiunternehmern aus „nationalen“ Gründen abgelehnt, obwohl sich diese Patrioten durchaus nicht genieren, die fremdsprachlichen Arbeiter auszufangen.

Von gesundheitschädlichen Einflüssen in den Ziegeleibetrieben wird hauptsächlich die Staubentwicklung beim Auskarrten und Verladen der Ziegelwaren erwähnt. Es wird von den Beamten bemängelt, daß nicht nur in den Ziegeleien durch Ventilation an den Brennöfen zu wenig für den Ab-

zug der Rauchgase gesorgt werde; sondern auch in den Kalksandsteinfabriken fehlten die Vorrichtungen, um dem gesundheitsschädlichen Staub Abzug zu verschaffen. Mehrfach haben sich die Ziegeleiarbeiter bei den revidierenden Beamten über die mangelhafte Beschaffenheit der Wohn- und Schlafräume und des Trinkwassers beschwert. Von den Beamten wurde stets Abhilfe angedeutet, die auch von den Unternehmern in den meisten Fällen zugesagt wurde. Um Versprechen nicht es ja bei den Unternehmern selten, nur das Gatten vergessen sie in der Regel. Da ist es schon besser, wenn sich die Arbeiter an ihre Organisation wenden, damit die Ziegeleibeißen rechtzeitig und nachdrücklich daran erinnert werden können.

An bemerkenswerten Unfällen sind folgende zu erwähnen: In einer Ziegelei war ein Aufzug auf schiefer Ebene an endloser Kette im Betriebe. Ein Arbeiter stand in der Mitte der Brückenbahn und wollte die Kette in die vordere Sattel eines Wagens drücken, der nach unten ging. Als er dabei zur Seite trat, um den nach unten gehenden Wagen vorbeizulassen, kam, von ihm unbemerkt, ein gefüllter Wagen herauf und drückte ihn gegen den leeren. Der Arbeiter erlitt so schwere Verletzungen, daß er alsbald verstarb.

Ein Ziegeleimeister bemerkte, daß die Pressen plötzlich langsamer gingen. Um den Grund hierfür festzustellen, begab er sich ins Maschinenhaus. Er fand dort den Maschinenist tot mit dem Kopf im Schwungrad und mit dem Leib und den Beinen unter dem Gefänge der Dampfmaschine liegen. Die Drehvorrichtung des Schwungrades war glatt abgebrochen. Die Ursache des Unfalls ließ sich nicht aufklären. — Der jugendliche Sohn eines Ziegeleimeisters erlitt durch Regelradübersehung. Gegen seitliche Verschiebung war die Trommelwelle durch Stellschrauben gesichert. Diese lösten sich, die Regelräder gerieten außer Eingriff, und der die schiefe Ebene heraufkommende beladene Wagen lief mit Pfeilschneller Geschwindigkeit wieder hinab. Dabei riß das Drehrad, rollte sich beim Zurückschlagen spiralförmig zusammen und erschlug dabei den die Winde bedienenden jugendlichen Arbeiter. — In einer Kalksandsteinfabrik explodierte ein Härtekeffel. Der 14 Meter lange Kessel durchschlug nach rückwärts die Wand des Kesselhauses und fiel ungefähr 100 Meter hinter seinem Standort nieder. Der Deckel flog nach vorn in den Pressenraum und zertrümmerte die dort aufgestellten Maschinen. Das ganze Fabrikgebäude stürzte zusammen. Der Wertmeister und der Heizer des Betriebes, die sich nur allein im Pressenraum befanden — es war gerade Mittagspause — wurden infolge des ungeheuren Luftdrucks an die Wand gedrückt und sofort getötet. Die Ursache des Unfalls wurde auf unvorschriftsmäßigen Kesselverschluß und schadhafte Zustand der Verschraubungen zurückgeführt. — Ein Arbeiter wurde beim Beschlagen von der einfallenden Lehmwand verschüttet und getötet. In der aus diesem Anlaß stattgehabten Gerichtsverhandlung ergab sich, daß der Ziegeleimeister den Arbeitern befohlen hatte, die Lehmwand zu unterhöhlen, und auch der im Betriebe als Produktiv tätige Sohn des Unternehmers billigte dieses Verfahren. Beide wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. — Ein Betriebsleiter wollte aus einem stillstehenden Kollergang einen Stein entfernen und hatte sich zu diesem Zweck in die Käuferbahn begeben. Bevor er wieder heraus war, wurde der Koller von dem ihn bedienenden Arbeiter in Bewegung gesetzt. Der Betriebsleiter erlitt dadurch derartige Beinverletzungen, daß er alsbald verstarb.

Fünf Unfälle ereigneten sich auf dem Tonboden bei dem Umkippen von beladenen Wagen. Um das Umschlagen der Wagentestelle zu verhindern, bedienten sich die Verunglückten eines Hebebaumes. Der Schwung, den das Untergestell durch das Umkippen der Mulde erhielt, war aber so gewaltig, daß der Widerstand mittels des Hebebaums nicht ausreichte, sondern die Arbeiter im Bogen über die Wren hinweg in die offenen Walzwerke oder Käuferbahnen von Kollergängen hineinschleuderte. Teils wurden die Verunglückten sofort getötet, teils erlitten sie schwere Verletzungen.

Anschließend an diese Unfälle wird im Verwaltungsbericht wörtlich bemerkt: „Bei zahlreichen Unfällen liegt die Ursache im Zusammentreffen unvermeidbarer Zufälligkeiten, recht häufig ist aber ein Verschulden der Verletzten nachweisbar. Zu widerhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften, wie Nichtbenutzung vorhandener Hilfsgeräte und eigenmächtiges Entfernen von Schutzvorrichtungen, unvorsichtiges Pantieren an gefährlichen Maschinen und ein allzugroßes Sicherheitsgefühl sind die Hauptgründe. Meistlich liegen die Ursachen der vielfachen Unfälle in den Tongrubereien. Wenn den Arbeitern auch noch so oft verboten wird, zu unterhöhlen, so versuchen sie es in einem unbewachten Augenblick doch immer wieder, um sich die Arbeit zu erleichtern, unbekümmert um die Gefahren, denen sie sich dabei aussetzen.“

Gut hätten die Beamten getan, wenn sie den Ursachen etwas tiefer nachgespürt hätten. Sie hätten da entdecken können, daß wenn sich die Arbeiter etwas zuschulden kommen lassen, sie nicht aus Leichtfertigkeit handeln, sondern daß da ganz andre Kräfte mitwirken. Wenn der Ziegeleiarbeiter Schutzvorrichtungen entfernt, so tut er das nicht, um einen Schelmensreich zu werden, sondern weil sie ihm bei Erringung des knappen Verdienstes hinderlich sind; er unterhöhlt die Lehmwand nicht, um sich nachher auf die Särenscheit zu legen, sondern weil er bei vorschriftsmäßigem Abbau nicht so viel verdient, um existieren zu können. Das sind die wahren Ursachen der Unfälle, und die können nur durch einen auskömmlichen Lohn beseitigt werden. Den können aber nicht die Aufsichtsbeamten durchsetzen, das bleibt den Arbeitern selbst vorbehalten durch ihre Organisation.

— Die Ziegeleiarbeiter in der Ostmark. An beiden Ufern der Warthe in der Nähe Posen liegen eine Anzahl Ziegeleien, die zum Teil der deutschen Reich, zum Teil auch des besachbarten Ausland mit Maschinen versehen. Die Fertigung ist außerordentlich billig, da einmal sehr umfangreiche Tonlager bester Qualität vorhanden sind und auch die Grund- und

Wabenpreise sehr niedrig stehen. Infolge dieser günstigen Bedingungen war es den Besitzern möglich, in ihren Betrieben die modernsten Maschinen einzuführen und die Jahresproduktion ins enorme zu steigern. So fabrizierte z. B. die große Firma Beckwith in Lubmischberg bei Posen im Jahre 1895 600 000 Ziegel pro Jahr, 1908 aber waren es bereits 24 Millionen. Mehrfach rapid ist auch die Entwicklung bei den meisten andern Betrieben. Der Vater des genannten Besitzers war noch ein Bauer und besaß nur einen kleinen Feldofen, in dem er seine Handhriegel mittels Holzes brannte. Millionen haben die Werke in den letzten Jahren mit den gezahlten niedrigen Arbeiterlöhnen verdient.

Diese Ziegeleiarbeiter waren nun vor einigen Wochen in auf's Betreiben in einen Streik getreten, weil sie einmal eine kleine Erhöhung forderten und zum andern einen Vertragsabluß zwischen den Ziegeleibeißen und ihren Verbänden — sie sind im polnischen Verbandsorganisiert — verlangten. Doch die Werke unter Führung der genannten stärksten Firma wiesen alle Forderungen ab. Eine aus Vertretern beider Parteien bestehende Schiedsgerichts-Kommission, die die Arbeiter wünschten, wurde unter Betonung des Herr-im-Hause-Standpunktes abgelehnt. In der Ostmark weiß man eben noch nicht, daß heute fast in jeder Fabrik derartige Kommissionen existieren. Ein Teil der Ausführenden fand in der Landwirtschaft Unterkunft. Einige Streikbrecher, die sich gefunden hatten, wurden jeden Morgen und Abend von einigen Polizisten von und nach den Werken eskortiert, und zwar in der Weise, daß zwei vor dem Trupp, einige an den Seiten und zwei hinter den Streikbrechern marschierten. In dieser Woche wurde nun der Streik dadurch beendet, daß die Unternehmer mit den Arbeitern für den Sommer einen Stundenlohn von 30 und im Winter einen solchen von 28 Pf., in zwei Werken gar nur 26 Pf. vereinbarten. Frauen erhalten pro Tag 2,25 Mk. und Mädchen 1,50 Mk. — Akfordarbeit gibt es 10 Prozent Zuschlag. Die Stundenlöhne für die Ziegler, die doch schwer arbeiten müssen, sind außerordentlich niedrig. Der Millionenumsatz und Verdienst der Besitzler wird aber nun in alter Weise weitergeführt, wobei ihnen natürlich die Beschäftigung und Zufriedenheit der Ziegeleiarbeiter zu Hilfe kommt.

Während des Streiks haben sich noch vier Arbeiter zu Tätlichkeiten gegen die Arbeitswilligen hinreissen lassen und dafür dieser Tage wegen Verletzung je eine Woche Gefängnis erhalten. Die Ziegeleifabrikanten haben nun wieder gefügige, willige und billige Arbeitskräfte und räumen in glänzenden Prospekten ihre Fabriken.

— Langenhagen bei Hannover. In der Ziegelei Geddenhausen scheint man sich um die im April d. J. in Kraft getretene Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Hannover recht wenig zu kümmern. Von Wascheinrichtung ist nämlich keine Spur vorhanden. Wer sich waschen will, muß sich nach den Trodenstuppen begeben. Die Verhältnisse sind über ein Vierteljahr nicht mehr gewechselt worden. Was das bedeutet, kann nur der erkennen, der die Ziegeleiarbeit und den damit verbundenen Schmutz, Staub und Schweiß kennt. Wenn dabei noch berücksichtigt wird, daß es den Arbeitern infolge der fehlenden Wasch- und Badeeinrichtungen unmöglich ist, ihrer Gesundheit Rechnung zu tragen, und daß bei größerem Arbeiterwechsel eine Reihe verschiedener Personen ohne Waschwäsche in den Schlafstätten kampieren muß, so erscheint es begreiflich, daß diese Schlafstätten oft Bräustätten für Ungeziefer und Krankheitskeime aller Art bilden. Im Schlafraum ist der Fußboden halb verfault und der Schwamm gedreht unter den Bettstellen vorzüglich. Der Meister kümmert sich darum überhaupt nicht. Jedenfalls denkt er: „Wenn die Arbeiter damit zufrieden sind, wozu soll ich unzufrieden sein.“ Auch die Berechnung der Kommune ist eine eigenartige. Einigen Arbeitern, die kürzlich ordnungsgemäß das Arbeitsverhältnis lösten, wurden für 14 Wochen 40 Mk. für Kommune abgezogen. Öffentlich werden diese Summen an der Gesamtkommune abgerechnet, damit das, was den abgereichten Arbeitern abgezogen wurde, den übrigen zugute kommt. Mögen die Arbeiter deshalb auf dem Posten sein.

— Westhausen. Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter. Unter allen Industriearbeitern sind die Ziegeleiarbeiter infolge ihrer Interesslosigkeit gegenüber der Organisation das beste Ausbeutungssubjekt der Ziegeleigewaltigen. Die verschiedenartigen Mittel von Seiten der Unternehmer oder deren Vertreter zur Bekämpfung der Organisation der Ziegeleiarbeiter, des Fabrikarbeiterverbandes, wurden schon mehrfach an dieser Stelle berichtet. Infolge des Fehlens der Organisation müssen sich die Arbeiter bei ungenügender Antreiber eine unumwundene Behandlung gefallen lassen. Die Zahl der Unfälle nimmt ständig zu; ihre Ursachen sind in mangelhafter Schutzvorrichtung zu suchen. Vielfach werden jugendliche und weibliche Arbeitskräfte zu Beschäftigungen herangezogen, welche nicht zulässig sind. Der Organisation ist es zu danken, wenn die schlimmsten Vorkommnisse in die Öffentlichkeit gelangen. — Die Ziegelei von Schütze u. Groß in Kalau, Besitzer Kaufmann H. Groß (Kottbus), zählt die niedrigsten Löhne. Jugendliche und weibliche Arbeiter bilden das Gros der Arbeiter. Unzulässige Differenzen im Arbeitsverhältnis, Lohnfragen usw. haben den Betrieb berührt gemacht; er gleicht einem Laubenschlage. Mehrfach wurden auch Beschwerden laut über Tätlichkeiten der Vorgesetzten gegenüber den jugendlichen. Aus diesem Grunde glaubte sich der frühere Aufseher Wittig nicht mehr sicher und ging. Der jetzige Meister Meister verdient aber auch kein Lob. Der Direktor Eckardt ist als Schachmacher genügend bekannt, aber ein Meister braucht ihn nicht nachzusehen. Nun, die Organisation fürchtet weder Herrn Eckardt noch seine hilflosen Geister. — Nicht viel besser ist die Behandlung der Ziegeleiarbeiter in Schachdorf bei Finsterwalde. Hier ist der Meister der Abgewaltigte, er reguliert den Lohn nach Belieben. Dazu beim Ausreißern zur Arbeit wie auch im Nachhinein gegenüber den Arbeitern eine Ausdrucksweise, von deren Wiederholung Abstand genommen werden muß. — Wärbig reißt sich diesen Meisterbetrieben die Ziegelei „Theresienhütte“ in Klingmühl. Bisherfeld an Die ständigen Lohnabzüge werden hoffentlich den Arbeitern zeigen, wozu es ohne Organisation führt. In diesem Betriebe läßt nicht mehr als alles zu wünschen übrig. Hier findet man auch Mitglieder des Gewervereins der Ziegler (G. V.), die aber gegen die Ausbeutung der Arbeitstechniker nichts unternehmen. — Nicht viel besser geht es den Ziegeleiarbeitern in Kostebräu, was ja auch erklärllich ist. Belommen es doch hier die Arbeiter fertig, den „Patriotischen“ Vereinen nachzulaufen und damit dazu beizutragen, die Erringung eines Verjammlungsklubs künstlich zu machen. Bei der schweren und opferreichen Agitationsarbeit, die Arbeiter trotzdem für die Organisation zu gewinnen, um bessere Zustände im Arbeitsverhältnis zu schaffen, bedarf es der Mithilfe aller tätigen Gewerkschaftskollegen.

— Zeitz. In der Dampfziegelei Zeitz tritt jetzt auch die kapitalistische Ausbeutungswiese krasser als früher zutage. In der Schamgrube werden 5 Arbeiter beschäftigt; diese erhalten pro Mann und Tausend Steine 15 Pf. schon seit langer Zeit. In jeder Ladung Lohn gehören vier Wagen, welche mit einem Pferde nach der Ziegelei gebracht werden. Bis jetzt war es nun so: wurde ein Arbeiter krank oder er konnte aus andern Ursachen nicht zur Arbeit kommen, so wurden pro Mann und Tausend Steine 17 Pf. bezahlt, weil die übrigen vier Arbeiter den fünften herausfinden mußten. Aber es soll jetzt anders werden. Infolge des immerwährenden schlechten Wetters verdienen die Arbeiter sehr wenig und sie haben nun eine kleine Aufbesserung. Das aber wurde abgelehnt mit der Begründung durch den Meister Schiebold: „Wem's nicht genug ist, der kann ja gehen!“ — Nun war wieder ein Kollege krank gewesen und alle hatten gehandelt, den fünften Mann herauszufinden. Am Sonntagabend, dem 2. Juli, gab es aber statt 17 Pf. pro Mann und Tausend nur 15 Pf. ausbezahlt! Darauf kündigten die vier Betrogenen, der fünfte blieb; ihm war das natürlich genug. Am 18. Juli haben dann die vier Arbeiter die gastliche Stätte verlassen. Die hohe Verdienste dort überhaupt in der Ziegelei erzielt werden, zeigen die Stundenlöhne von ganzen 28 Pf. Das ist ein „sehr schöner“ Lohn für die anstrengende schwere Arbeit in Ziegeleien. Dafür dauert dann die Schicht 11 lange Stunden. — Gerade diese ausgebeuteten Proletarier gehören in die Organisation, den Fabrik-

Aus der chemischen Industrie. Noch einmal Steuerreform und Zündholz- arbeiter.

Mit brutaler Macht haben Zentrum und Konserervative die Finanzreform durchgepeitscht. Ihr Motto war dabei: Die starken Schultern zu entlasten, den schwachen Schultern noch mehr aufzubürden. Die Herren von Nr. und Galm raubten mit derselben Frechheit, wie einst ihre Vorfahren die Kaufleute plünderten und die Bauern um ihr Hab und Gut brachten, während die Herren von Rute und Kruminstab Schmiere standen, diesen Diebstahl beweihräucherten und segneten. Offenbar glaubten die frechen Steuerdrüber des Zentrums, daß das Volk sich in Zufriedenheit mit den von Gott gesandten Schicksalen und Strafen nach jahrhundertlanger Gewohnheit abfinden und willig ausplündern lassen würde. Die Folgen dieser Steuermacherei sind besonders für die Zündholz- und Zündholzarbeiter zu einer Kette von Arbeitslosigkeit, Hunger und Unterernährung geworden. Die lumpigen 4 Millionen für Zündholzarbeiter sind verbraucht, und für die infolge der Besteuerung arbeitslos werdenden Zündholzarbeiter wurde kein Pfennig ausgeworfen. Als die sozialdemokratische Partei beantragte, den Zündholzarbeitern Unterstufungen zu gewähren, lehnten Zentrum und Konserervative diesen Antrag ab. Um den Unternehmern die Steuer recht schmachtlich zu machen, wurde eine Kontingentierung vorgenommen, das heißt, jede bestehende Fabrik hat ein bestimmtes Quantum zu produzieren. Was innerhalb des Kontingents erzeugt wird, unterliegt mit 150 Mk. Steuer pro Kiste (gleich 1000 Schachteln). Was darüber hinaus produziert wird, unterliegt einer Steuer von 180 Mk. Neu entstehende Fabriken haben durchweg 180 Mk. zu zahlen. Durch die Kontingentierung wurde der Bau neuer Zündholzfabriken erschwert, ja direkt verhindert, und ungehindert kann nunmehr das Ausbeutungsgeschäft am konsumierenden Publikum vorgenommen werden.

Zu Anfang gibt es allerdings einige Schwierigkeiten. Die Kontingenten verfordern sich vor Kraftstreik des Gesetzes mit steuerfreien Zündholzlern und die starke Nachfrage brachte eine Menge ausländischer Holz auf den deutschen Markt. Es trat notwendigerweise ein stauer Geschäftsgang ein, der noch weiter anhalten wird, weil der Gesamtumsatz dank der verkehrten Steuerpolitik zurückgehen muß. Steuern zahlt niemand gern, das haben uns die Junker bewiesen, und besonders dann fällt es selbst für flottenbegeisterte Anhänger der Hurrapolitik schwer, zu zahlen, wenn sich ein Mittel bietet, die Steuern zu umgehen. Von dieser Gelegenheit ist maßlos Gebrauch gemacht worden. So haben die Gastwirte Zündholzlampen für Zigarren angebracht. Zur Entzündung von Gas wird entweder Platinschwamm oder Ceraphen verwendet. Ganz läßt sich das Streichholz nicht verbannen, und besonders die Vermissten der Armeen bedürfen seiner, weil ihnen Gasheizung zu teuer ist, und gerade sie werden am härtesten von den Steuerdrübern konteraktiv-merikaler Paarung heimgeführt.

Der Produktionsrückgang betrug Anfangs 77 Prozent und hat fast in gleicher Höhe angehalten. Fast alle Zündholzfabriken arbeiteten schon seit Monaten mit bedeutend reduziertem Personal und mit Entlassung wachsender Feiertage. Die jämmerliche Lage der Zündholzarbeiter wurde dadurch noch mehr verschlechtert, und viele von ihnen mußten sich einem andern Beruf zuwenden, was meist gleichbedeutend mit einer Aufgabe des bisherigen Wohnortes und der erlangten Kommunalrechte war, da Zündholzfabriken vorwiegend in industriearmen Gegenden errichtet wurden. Die Arbeiter wandten sich mit Petitionen an den Reichstag um Unterstützung. An der Spitze der Petenten stand — welche Ironie — der katholische Arbeiterverein Habelschwerdt, dessen Vertreter im Reichstage ein gerüttelt Maß von Schuld an der Steuerpolitik hat. Kollege Brey forderte mit Nachdruck, nicht nur nachlässige Beschlüsse zu fassen, sondern sobald wie möglich weitestgehende Unterstützung zu gewähren. Die Petition wurde dem Reichstager zur „Erwägung“ überwiesen. Bis alles „erwogen“ ist, werden die Zündholzarbeiter längst verhungert sein. Jetzt kommt die Nachricht, daß die große Zündholzfabrik „Union“ in Augsburg, die ebenfalls schon lange mit reduziertem Personal arbeitete, 200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrikzweige in Kempton entlassen hat, mit dem Bemerkens, daß ein Teil in 8 bis 10 Wochen wieder eingestellt werde, wenn — bis dahin größere Bestellungen einlaufen sollten. Das wird sich so schnell nicht bewerkstelligen, denn gerade die Arbeiter- und auch Agrarierfrauen haben diese 1 1/2 Pf. Steuer auf Zündholzer als die ungerechteste Steuer kennen gelernt und helfen sich deshalb mit allen Mitteln, um die volkfeindliche Steuer zu umgehen. Den Steuerdrübern ist diese Erkenntnis sehr unangenehm. Auf einem der agrarischen Agitations-Sommerfeste führte der als Vertreter erziehene odenburgische Landtagsabgeordnete v. Bevezow-Sielsted nach einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ aus:

„Er könne es nicht glauben, daß anlässlich der Finanzreform die Verhegung so weit gediehen sei, daß — wie mehrfach behauptet — die Frauen sogar über die geringe Erhöhung der Streichholzpreise erwidert seien, er könne das nicht glauben, wenn er an den Opfermut der Frauen unsers Volkes in früheren Zeiten denkt, die ihren schönsten Schmuck, ihr blondes Haar, verkauften, um den Erlös dem Könige zu senden, damit er seine Soldaten mit guten Waffen versehen konnte.“

„Einst und jetzt! So dumme sind die Frauen des arbeitenden Volkes nun doch nicht, daß sie zu den vielen Opfern auch noch die Haare für Kriegszwecke hergeben werden. Manche Arbeiterin hat leider schon mehr als ihre Haare opfern müssen, um überhaupt bei den jämmerlichen Schindeldöhnen leben zu können. Uebrigens war es schon früher so, daß Opfermut nur von den Armen verlangt wurde, während die Reichen schwelgten. Und wenn der Herr Junker von Bevezow Opfermut predigen will, soll er sich an andere Adressen wenden. Vielleicht helfen wir ihm mit einem historischen Exkurs auf die Sprünge. Zu der Zeit, als deutsche Frauen ihr Haar verkauften und das Geld dem Könige sandten (gemeint ist die Zeit der Freiheitskriege), war der Opfermut des Königs Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise gar nicht vorbildlich. Sie lebten flott und feierten fröhliche Feste. Hier eine Zusammenstellung ihres monatlichen Einkommens: Friedrich Wilhelm III. erhielt 28 104 Taler, Luise 1000 Taler, ihre Kinder erhielten 1649 Taler, die Waisen des Prinzen Ludwig 565 Taler. Außerdem kostete die königliche Küche 7330 Taler, die Kellerei 1700 Taler, die Silberkammer 506 Taler, die Lichtkammer 430 Taler, die Kaffeeküche 210 Taler, diverse Ausgaben 210 Taler, unerwartete Vorfälle 2710 Taler, der Igl. Marjall 6832 Taler, Hofapotheke und andres Personal 1631 Taler. Die Brüder des Königs erhielten 9286 und die auswärtige Verwandtschaft 11 945 Taler. Summe 74 102 Taler oder 222 306 Mark pro Monat.“

Die Brüder des Königs opferten ein Drittel ihres Einkommens, die königliche Familie gar nicht. Wir hätten große Lust, eine Parallele zu ziehen, aber...!

Die Zündholzfabrikanten zeigen sich ebenfalls gar nicht opferwillig. Obwohl sie, sobald die Vorräte im Haushalt aufgebraucht sind, und das wird nicht mehr lange dauern, erhöhte Preise einheimen werden, kagen sie mehr als die so schwer betroffenen Arbeiter. Durch die Presse ging kürzlich die Nachricht, daß das Zündholzindulst eine weitere Erhöhung der Zündholzpreise beschlossen habe. Dagegen verwahren sich die Zündholzfabrikanten in einem der Presse übermittelten Vereinsbeschluss. Es heißt darin, daß die Zündholzfabrikanten weder für jetzt, noch für später eine Erhöhung um mehr als 2 Pfennig pro Paket beschließen haben, daß aber der Ausschlag des Zwischenhandels um weitere 3 Pfennig durchaus berechtigt sei. Weiter hat der Verein folgende Resolution angenommen:

„Die in Berlin tagende außerordentliche Generalversammlung des Vereins deutscher Zündholzfabrikanten, welcher die gesamte Industrie umschließt, macht die Regierung und die Volkvertretung auf die ungeheure Notlage aufmerksam, unter welcher die gesamte Zündholzindustrie Deutschlands seit Inkrafttreten des Steuergesetzes leidet. Eine große Anzahl von Fabriken mußte den Betrieb gänzlich einstellen, andre arbeiten unter großen Verlusten mit der Hälfte oder dem Drittel ihrer Produktionsfähigkeit. Zahlreiche von Arbeitern sind brotlos gemacht oder im Verdienst wesentlich geschwächt. Die Versammlung beschließt, daß eine Kommission gewählt wird, welche die maßgebenden Stellen auf die große Notlage aufmerksam macht und geeignete Vorschläge unterbreitet, um den so schwer geschädigten Fabrikanten und Arbeitern Hilfe zu bringen.“

Es ist ja sehr erfreulich, daß die Unternehmer anerkennen, daß auch die Arbeiter in Not sind; es wäre aber noch erfreulicher, wenn sie eben diese Arbeiter in den Zeiten guten Geschäftsganges nicht so maßlos ausgebeutet und systematisch niedergehalten hätten. Heute hat ihre Arbeiterfreundlichkeit einen recht verdächtigen Beigeschmack.

Aber wie steht es mit den christlichen Zündholzarbeitern in Habelschwerdt und andern Orten? Werden diese noch immer nicht einsehen, daß sie vom Zentrum und seinen Helfershelfern verraten und verkauft worden sind?

Ein Rundgang durch die Betriebe der Aktien- Gesellschaft für Anilinfabrikation in Treptow. Fabrik in Greppin.

Die Gesellschaft schloß bekanntlich am 1. Januar 1905 auf die Dauer von 50 Jahren einen Interessengemeinschaftsvertrag mit der Anilinfabrik in Ludwigshafen und der Oberfelder Farbwerken. Die Selbständigkeit der Vertragsschließenden wird dabei in keiner Weise berührt. Der Reingewinn der drei „Goldmacherfirmen“ wird am Jahresabschluss zusammengekommen und so verteilt, daß die beiden Firmen je 43 Prozent, der kleinere Buzerg 14 Prozent der Gewinnes erhalten.

Der Gesamtertrag im Jahre 1909 betrug 2 507 122 Mark. Davon erhielten die Aktionäre der beiden Großbetriebe 2 mal 840 000 Mark, die Aktionäre der Anilin in Treptow 2 520 000 Mark, in Summa 19 800 000 Mark Dividende. Außerdem wurden an eine Handvoll Anhängler 2 471 344 Mark in Aktien verteilt, wovon auf Treptow 174 814 Mark entfallen. Die Zahl der Arbeiter und Beamten der Anilinfabrikation in Treptow ist rund 2650. Erzielt wurden 3 275 339 Mk. Reingewinn im Laufe des Geschäftsjahres, das ist pro Kopf der Beschäftigten 1236 Mark, eine Summe, die die Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter nicht einmal als Jahreslohn bekommt.

Die Arbeiter des Greppiner Werkes erhalten einen Hungerlohn von 30 Pf., der jährlich um 1 Pfennig bis auf 32 Pf. steigt. Die Fabrikleitung hat eingesehen, daß der Lohn von 30 resp. 32 Pf. zu niedrig ist, bessert ihn aber nicht etwa auf, sondern gibt in Form von Prämien, Zuschüssen für Kleider und Wohlfahrts-Einrichtungen verschiedenen Systemen, Vergünstigungen, um mit dem Spieß zu fangen. So gibt es in einzelnen Abteilungen (Farben) 50 Pf. Kleidergeld und Prämien in Höhe von 1—2 Mk. pro Woche für Arbeiter, die sich beim Meister besonders beliebt zu machen verstehen. Die an den Farbwerken beschäftigten Arbeiter bekommen pro 100 Kilogramm Farbe zu entleeren 10 Pf. extra. Die Arbeit ist sehr schmutzig, und besonders bei der Schwefelfarben entwickelt sich ein fürchterlicher Gestank (Schwefelwasserstoff), der gesundheitsschädlich wirkt. Arbeiter der Hof- und Transportkolonne können im Accord mit Anspannung aller Kräfte etwas mehr verdienen als Raumarbeiter.

Die Direktion hat allerdings auch einige Male Lohnerhöhungen gemacht, die letzte im Jahre 1909 in Höhe von 20 Pf. pro Tag; aber — die Direktion denkt, der Betriebsleiter lenkt! Die Arbeiter bekamen früher für 10 1/2 stündige Arbeitszeit, die durch Kürzung der Mittagspause auf eine halbe Stunde erreicht wurde, 11 Stunden bezahlt. Außerdem hatten sie noch in einzelnen Betrieben besondere Vergünstigungen, Apparategelder usw. Jetzt werden nur 10 1/2 Stunden bezahlt, also 15 Pf. gepart und anstatt 2 Pf. Lohnerhöhung auf einmal zu geben, wird dieser Betrag in Zukunft halbiert und die Arbeiterzeit um die ganze Lohnerhöhung gebracht. Ja, die Betriebsleiter machen noch ein feines Geschäft für die Firma dabei. Durch übermäßige Antreibung der Arbeiter sorgen sie dafür, daß die dividentenbringenden Aktionäre satt werden. Der Hunger der Arbeiter tut ihnen ja nicht weh. Geradezu als ein Skandal muß eine halbstündige Mittagspause bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit in giftige Wägen zerteilte Räume bezeichnet werden. Die Zimmerleute zwingen die Arbeiter zur Ueberstundenarbeit, weil sie sonst tatsächlich mit ihrer Familie elend an Unterernährung zugrunde gehen müßten. Die Ueberstundenarbeit zerstört ihre Gesundheit, und die Mehrzahl der chemischen Arbeiter stirbt früh ins Grab.

Um die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, wird nach einjähriger Beschäftigungsdauer eine Gratifikation von 15 Mk. und ein Weihnachtsgeld von 10 Mk. gegeben — das sind zusammen 8 1/2 Pf. pro Tag. Die Mehrzahl der Reingewinnler reißt gewöhnlich bald ab und kommt nicht in den „Genuss“ dieser Prämie. Damit ist die Wohlfahrt nicht erschöpft. Die Firma hat auch ein Entbindungsgeld, damit die chemischen Proletarier gleich gewissermaßen in die Profitmühle hineingeboren werden, und sie tut auch ein übriges, um ihren Nachwuchs zu erhalten. In der richtigen Erkenntnis, daß bei den Wöhen im Betriebe für den Arbeiter keine Möglichkeit besteht, bei Geburtstagen die Wöchnerin mit guter Kost zu versehen, wird denjenigen Müttern, die ihre Säuglinge selbst stillen, eine Stillprämie von 1 Mk. bis 1 1/2 Mk. gewährt. Auch hiermit gibt die Direktion zu, daß das Lohnniveau der Arbeiterzeit zu niedrig ist. Zwei Einrichtungen, die anerkennenswert sind, ist die Verabreichung von Kaffee während der Arbeit und Gewährung von Erholungsurlaub. Letzterer wird nach 2 Jahren Dienstzeit auf 2 Tage, steigend bis 4 Tage, unter Fortzahlung des Lohnes und 1 Mk. Zuschuß pro Tag gewährt.

Nun möge einiges aus den Betrieben folgen. Im Suizo 3 und 4 und Thiojulfat ist die Behandlung besonders schlecht. Vorarbeiter und Arbeiter werden vom Meister Heinemann herangezogen und mit Kofenamen aus dem Rajemshofe belegt. Das gleiche ist im Thiojulfat von Meister Tornaud zu konstatieren. An Arbeitern wird überall gepart, ganz besonders in der Maschinenfabrik. In ziemlich großen Betrieben sind zwei in einzelnen Betrieben ist sogar nur ein Mann bei Nacht beschäftigt, so im Säureviolen und in der Chlorbenzol-Desillation. In letzterem Betriebe ist es erst ein paar Jahre her, daß ein Arbeiter morgens von seinem Akkord tot aufgefunden wurde. — Nun noch einiges über Bade- und Waschgelegenheit in der Fabrik. In den Speiseküchen 2 und 3 geht es so ziemlich, weil diese neu erbaut sind, aber aller Beschreibung spotten die Zustände im Speiseaal 1. Kleiderkränke gibt es nicht, und ehe die Arbeiter ihre besseren Sachen anziehen können, müssen dieselben täglich ausgeföhrt werden, damit sie nicht die lieblichen braunen Tiere, Schwaben genannt, mit nach Hause nehmen. Solche gibt es in diesem Räume in ungezügelter Menge, so daß die Arbeiter öfter große Jagden veranstalten müssen. Unter aller Kritik sind die Zustände in der Badeanstalt. Dort drängen sich abends beim Baden die Arbeiter zusammen wie eine Herde Schafe, und einer muß immer den andern bedrängen, damit er auch einen Wasserstrahl erwischt. Angeföhrt der Reingewinn, welche wir oben anführten, kann die Firma dasfar sorgen, daß bessere

Verhältnisse Platzgreifen. Aufgabe der Gewerbeinspektion ist es, einmal nach dem Rechten zu sehen.

Aber weit mehr kann für die dort Beschäftigten Kollegen getan werden, wenn sie sich endlich aufrufen zu gemeinsamer Handlung, zur Vertretung ihrer Interessen, was nur durch Anknüpfen an ihre Organisation, den Fabrikarbeiterverband, erreicht werden kann. Kollegen! Lange genug haben wir für die Interessen der Aktionäre gearbeitet und dabei das Nachdenken über unsere traurige Lage vernachlässigt und die Förderung unserer Interessen vernachlässigt. Was hat sich an uns gerächt. Lebensmittelpreiserhöhung, Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und schlechte Behandlung haben wir in den Kauf genommen und durch lange Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben wird unser Körper frühzeitig fleißig und elend gemacht. Seht nach Ludwigshafen, Höchst, Griesheim und dem benachbarten Bitterfeld, überall regt sich die ungelernete Arbeiterzeit, um ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wollt ihr allein zurückbleiben? Nein und abermals nein!

Also: hinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

X Arbeiterelend in Gifthütten.

Der Arbeiter S. in Wöschwitz bei Breslau ist ein Opfer der gesundheitsschädlichen Beschäftigung in der chemischen Gifthütte „Silesia“ geworden. Er war etwa 30 Jahre hindurch in der Superphosphat-Abteilung beschäftigt gewesen, ein Zeitraum, der genügt, um selbst die stärkste Körperkonstitution zu ruinieren. Am 27. August 1909 hat S. eine erhebliche akute Vergiftung durch Einatmen von Salpetersäure erlitten. Diese nitrosen Gase sind höchst gesundheitsschädlich und können, wenn sie in größerer Menge eingeatmet werden, den Tod zur Folge haben. Erst in diesem Frühjahr verstarb der Arbeiter Paul Wischke aus Olaschin an den Folgen dieser Vergiftungen; man hatte ihn in der „Silesia“ direkt in den Tod gejagt. Ueber die Vergiftungserscheinungen des S. sagt ein ärztliches Gutachten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie: „Der von ihm geschilderte Symptomenkomplex, Atembeschleunigung und Bewußtlosigkeit, ist charakteristisch. Bei dem Fehlen nachweisbarer anderer Ursachen wird man nicht umhin können, auch die einige Tage später beginnenden Schwindelanfälle als Folgen dieser Vergiftung anzusehen. Es ist nicht ungewöhnlich, daß auch durch einmalige Vergiftung organische Veränderungen eingeleitet werden, die erst im weiteren Verlauf durch Funktionsstörungen sich kundtun. Es dürfte sich hier wesentlich um Störungen im Bereiche der Blutkreislauforgane handeln. Dafür spricht auch die dauernde Pulsbeschleunigung. Gegenwärtig ist S. laut Gutachten des Dr. med. Friedmann wieder erwerbsfähig, doch kann er nur zu leichteren Arbeiten verwendet werden. Auch sollte er möglichst im Freien und zu ebener Erde beschäftigt werden.“ Die Berufsgenossenschaft schätzt gegenwärtig noch den Grad der durch die Unfallsfolgen bedingten Erwerbsbeschränkung auf 25 Prozent, ein Satz, der unbedingt zu gering ist.

Vor einiger Zeit wurde S. wieder in der „Silesia“ eingestellt. Man konnte den Mann, der in dieser Fabrik seine Gesundheit geopfert hatte und der eine starke Familie zu ernähren hat, nicht auf der Straße lassen. Er erhielt einen Tagelohn von 2,50 Mk., während er früher, wie die „Silesia“ selbst behauptet, in Wöschwitz durchschnittlich 3,50 bis 4 Mk. verdient hatte. Dieser Betrieb läßt alljährlich seinen Aktionären Goldströme zufließen, hier weißte man aber eines der Opfer dieser Gifthütte kummerlich ab. Doch der körperlich ruinierte S. war froh, ein Unterkommen gefunden zu haben, ein anderer Arbeiter dürfte ihm schwerlich Beschäftigung bieten; er war nun bemüht, sich seine Arbeitsstelle zu erhalten. Aber mit des Geschäftes Mächten, ist kein ewiger Bund zu schließen, und das Unglück schreitet schnell. Vor einigen Tagen klopfte sich S. eine Schaufel zurecht, was ihm von seinem Vorgesetzten, dem Maschinenmeister Belzel, wohlgefallen in den Beamtenwohnungen der Fabrik, unterlag wurde. Es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf Belzel den S. stieß und versuchte, ihn an der Gurgel zu fassen. Er drohte, ihn schmeißend hinauszutragen. Bald darauf erhielt S. einen Brief der Firma zugesandt, der seine Kündigung enthielt; er verweigerte die Annahme desselben und ersuchte um seine sofortige Entlassung. Diese wurde ihm gewährt. Der kranke Mann mit seiner großen Familie ist nun arbeitslos; er kann nur über das Bibelwort nachdenken: „Solange du dem Reichen nütze bist, braucht er beiner; wenn du nicht mehr kannst, läßt er dich fahren.“

Nun wollte der Zufall, daß in einer der diesem Vorkommnis folgenden Nächte auf dem Felde des Maschinenmeisters die Gurlenpflanzen von böswilliger Hand ausgerissen wurden. Sofort lenkte sich der Verdacht auf den völlig unschuldigen S. Ein Kriminalbeamter kam mit einem Polizeiboten hinaus und S. hatte sich Vernehmungen zu unterziehen. Seine Stiefel wurden mit den Fußspuren verglichen. Es ist erklärlich, daß der Gesundheitszustand dieses Kranken mit datierender Pulsbeschleunigung dadurch nicht gebessert wurde.

Der Fall S. hat eine berechtigte allgemeine Erbitterung unter der Arbeiterzeit der „Silesia“ hervorgerufen, denn so wie es jetzt dem S. erging, kann es jedem Arbeiter ebenfalls ergehen. Erst mußte er seine Gesundheit zu Markte tragen, und dann wurde der Kranke von diesem Unteroffizier des Kapitalismus noch als Simulant beschimpft. Eine größere Anzahl von Neueintreten in den Fabrikarbeiter-Verband hat die sichtbare Lehre aus diesem Vorkommnis.

An diesem Jammer, der sich in vielen Variationen in der chemischen Industrie wiederholt, ändern auch Pensionisten und andre Wohlfahrts-Einrichtungen nichts. Kurze Arbeitszeit, hoher Lohn, Aufklärung über die Giftgefahren — mit Verwirklichung dieser Forderungen kann das Elend der chemischen Arbeiter beseitigt werden.

X Gefährliche Mißstände auf den Gäßchen Farb- werken.

Am 1. Juli d. J. erludte der Geschäftsführer vom Fabrikarbeiterverband die Direktion um eine Unterredung, damit er dieselbe auf zwei trübe Mißstände aufmerksam machen könne. Trotzdem in dem Eruchen die Mißstände näher bezeichnet waren, lebte die Fabrik jede Verhandlung ab mit der Begründung, daß dem einzelnen Arbeiter Gelegenheit gegeben wäre, alle Beschwerden an die Fabrikleitung gelangen zu lassen. Die Arbeiterzeit denkt darüber anders; sie ist der Meinung, daß derjenige, der Beschwerden einreicht, leicht unter besondere Beobachtung gestellt wird; daher der Antrag ihrer Organisation. Hat doch neulich erst Herr Dr. Jienberg von der Expedition auf Grund eines Artikels einen so vollständig fernstehenden Mann ganz gehörig heruntergeknallt. Nach der Eingabe der Organisation ist nun bald ein Monat verstrichen; die Mißstände sind aber immer noch nicht abgestellt. Am Mainauer wird aus den dort liegenden Schiffen der Schwefelkies, ein besonders schweres Produkt, mit Kanonen befördert. In drei Kolonnen schiffen die Arbeiter, damit der Kran immer in Tätigkeit ist; diese Kolonnen sind in dem Schiffe so aufgestellt, daß zwei in einer Abteilung (Jog. Schöf) und die dritte in der nächsten Abteilung schiffen. Wird in der Mitte des Schiffes entladen, so schwenkt der Kran mit seiner 50—60 Zentner schweren Last rechts und links ab je nach Bedarf. Sind die Kolonnen aber in den letzten zwei Abteilungen vor der Wohnung des Steuermanns oder der Patrofen, so darf der Kran nicht über die Wohnungen schwenken, er schwenkt mit seiner Last über den Rücken der Arbeiter. Ein Flagen der Ketten und zwei Arbeiter liegen jermalmt am Boden. Hier fordern die Unzufriedenen, daß, wenn in der Nähe des Kaffees oder der Wohnung der Schiffbesatzung entladen wird, eine Kolonne die Arbeit einstellt und so der Gefahr entgeht, ihr Leben zu lassen.

Der zweite Mißstand befindet sich im Raum Anilinalag; schon mancher Arbeiter ist an seiner Gesundheit schwer geschädigt worden. In diesem Raum wird in einem ausgebleichten Saß ein

Operation zusammengefaßt, die aus einem Teil Toluolin, einem Teil Anilin und drei Teilen Salzsäure besteht, mittels Dampfes bis auf 160 Grad erhitzt und dann in eisernen etwa 20 Kilogramm fassende Formen abgelassen wird. Ist der dabei beschäftigte Arbeiter bisher von giftigen Gasen verschont geblieben, so werden dieselben beim Ablassen des Kalks auf ihn. Wenn er die Masse laufen läßt, muß er fortwährend den Haß bewegen, damit die Masse nicht trippelt und so ein Schließen des Apparates unmöglich macht. Der Arbeiter muß also die Dämpfe direkt einatmen; damit nicht genug, muß er noch die Form mit der giftigen heißen Masse vor sich her tragen. In kurzer Zeit muß der Arbeiter fünfmal diese gefährliche Arbeit verrichten, ohne daß einer der Vorgelegten diesen Mißstand beseitigt. Diese fünf Gefäße werden im Raum offen hingestellt, und ehe sich durch Entkalkung eine Kruste darauf gebildet, werden auch die übrigen Arbeiter von den Dämpfen bekräftigt. Dies wirkt noch krasser, sobald Para-Toluolin abgehoben wird, weil der feine Staub im Raum herumfliegt und mit den Dämpfen in Verbindung übergeht, die die Dämpfe verdichten. Hier wänschen die Arbeiter sofort Abhilfe. Damit die Vorgelegten sich den Kopf nicht zu zerbrechen brauchen, machen wir auch gleich einen Vorschlag. Statt der fünf Pflanzen a 20 Kilogramm eine Pflanze, die 100 Kilogramm faßt, die Pflanze muß mit einem Deckel versehen werden, welcher einen Abzug erhält, der in den Kamin mündet. Beim Brechen den darum hängenden alten Saß fort, dafür einen richtigen Schlot. Dies muß so eingerichtet sein, daß das Brechgut nicht einen halben Meter tief ohne Schutzvorrichtung fällt und der feine Staub im Raum herumwirbelt. Denn Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen, der Aktionäre sowie auch der Farbwerksarbeiter.

× Anschluß Ungarns an die Berner Konvention ?

Der im September 1906 abgeschlossene Konvention in Angelegenheit der Verwendung des weißen Phosphors (in England, Oesterreich, Ungarn, Spanien und einige andre kleinere Staaten nicht beigetreten. England und Oesterreich haben sich jedoch nachträglich angeschlossen. In Ungarn wurde anlässlich der Verhandlungen über ein Zündholzmonopol das Handelsministerium interpelliert wegen der Gefährlichkeit der Beschäftigung mit Phosphor. Der Minister Hieronymi beantwortete dieselbe und betonte, er habe Kenntnis davon, daß in der Großhitzer Zündholzfabrik die Phosphornetze in großem Maße vorkommen, weshalb er sofort nach Uebernahme des Handelsressorts die strengsten Verfügungen angeordnet habe, um diesem fürchterlichen Uebel Einhalt zu gebieten. Damit könne das Uebel jedoch nur gemildert, aber nicht ausgerottet werden, da können nur die strengsten gesetzlichen Verbote helfen. Eine im Jahre 1908 im ungarischen Handelsministerium abgehaltene Konferenz hat die Erleichterung der Phosphorfrage von der Lösung der Monopolfrage abhängig gemacht. So lange diese jedoch nicht erwartet werden, und er habe sich bereits mit den übrigen Ministern in Verbindung gesetzt, damit das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors möglichst bald erfolge. Er hoffe, daß es ihm gelingen werde, dieses Verbot noch im Herbst in Kraft setzen zu können, um so mehr, als zu jener Zeit auch schon die Frage des Zündholzmonopols geklärt sein dürfte.

× Bekämpfung profitwütiger Unternehmer.

Die Pestuloblastophobie von Ottakring am Pfingstsonnabend 1908, bei der 18 Personen ums Leben kamen, hat nunmehr ihren Abschluß vor dem Wiener Kassationshofe gefunden. Wie erinnerlich, waren die Brüder Rudolf und Franz Sailer, in deren Fabrik die folgenschwere Brandkatastrophe stattfand, noch fünfjähriger Verhandlung von einem Erkenntnisrat des Wiener Landgerichts für schuldig erachtet worden, durch Außerachtlassung behördlicher Vorschriften die Katastrophe herbeigeführt zu haben. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß der Brand in dem sogenannten Hausleiter zum Ausbruch kam, und zwar durch Engung der dort eingelagerten Pestuloblasthülle, und erlöschte das Verschulden der Angeklagten darin, daß sie durch ungenügende Beaufsichtigung des Hauses es ermöglichten, daß gegen die behördliche Vorschrift Abfälle im Keller eingelagert wurden. Die Strafe wurde für Rudolf Sailer mit fünf Monaten, für Franz Sailer mit vier Monaten strengen Arrestes bemessen. Die Brüder erhoben die Wichtigkeitsbeschwerde, die nun vom Kassationshofe verworfen worden ist. Damit ist das Urteil der I. Instanz bekräftigt worden.

Eigentlich ist die Strafe noch viel zu mild für die 18fachen Mörder ausgefallen. Wir bezweifeln aber, ob ein deutsches Gericht eine Strafe in dieser Höhe ausgesprochen hätte.

× Abortrevolver.

Folgt guten Geschäftsganges ist bei der Gummi- und Gummifabrik Peter in Frankfurt eine enorme Arbeiterzahl eingeworben. Die Arbeitsräume der Arbeiterinnen sind für die jetzt beschäftigte Anzahl kaum ausreichend, und obwohl Neueinstellungen sich notwendig erweisen, können diese wegen Raummangels nicht vorgenommen werden. Jedemfalls ist aber die Erzielung noch höherer Dividenden die Hauptrolle. Den Arbeiterinnen wird kaum Zeit gegönnt, ihre Kostwürde zu verdienen. So erlaube sich der Aufseher Schab, eine Arbeiterin in der unangenehmsten Weise zu beleidigen, indem er die Tür des von der Arbeiterin besetzten Aborts gewaltsam öffnete und die Arbeiterin unter nicht wiederzugebenden Schimpfwörtern zum Abtritt zerrte. Ferner drohte er, von den Aborten die Türen anzuschließen. Die Arbeiterinnen brachten sich von derartigen Szenen solche Begehrdung nicht bieten zu lassen, wenn sie sich alle dem Gesundheitszustande angeklagt hätten.

**Aus der Papierindustrie.
Ein Prediger in der Wüste.**

Daß der Verein der Papierfabrikanten ein unrealistisches Gebilde ist, haben wir schon oft nicht nur gesagt, sondern an konkreten Handlungen des Vereins nachgewiesen. Aber dadurch allein hebt er sich aus dem Meer der Unternehmervereinigungen nicht heraus. Denn reaktionär, wenigstens im wirtschaftlichen Leben, sind die Vereinigungen der Unternehmer im Grunde alle. Nur daß die einen ihre reaktionären Stände weniger aufdringlich zeigen und die anderen sie mehr hervorstechend ansetzen, um die Welt glauben zu machen, sie wollten vorwärts statt rückwärts. Was den Verein der Papierfabrikanten vor den Vereinigungen anderer Berufsvereine auszeichnet, ist die Unwissenheit, mit der er seine wirtschaftlichen Zusammenhangswunden realisiert, ist die Konjunktur, mit der er jeden politischen oder wirtschaftlichen Geschäftsumstand heranzieht, um die Welt glauben zu machen, daß es gerade würde angebracht — in der Wahl der Mittel zur Förderung der Industrie, wenigstens, soweit diese Mittel aus dem rein wirtschaftlichen Gebiet herausfließen.

Seit einiger Zeit mocht sich denn auch bei dem Unternehmern der Papierindustrie eine energische Opposition gegen die Leitung des Vereins geltend machen. Zwar sind die Dokumenten sehr hübsche Sachen, die die Unwissenheit in Lebenswichtige Fragen zeigen, aber — man kann auch mit jedem Handwerker sprechen, daß es Unwissenheit ist. Und der Leiter des Vereins hat in dem letzten Jahres sehr oft dementsprechende Vorträge gehalten, die nicht nur als unrichtig, sondern auch als unglücklich bezeichnet werden können.

So auch in der letzten Generalversammlung des Vereins, die Ende Juni dieses Jahres in Gießen tagte. Zwar sagte Herr ...

ein sehr einflussreiches Mitglied des Vereins, die künstlerischen Anschauungen, die der Geschäftsführer in seinem Bericht zum Ausdruck gebracht habe. (Er hatte über die Tatsache geäußert, daß die Großbetriebe die Kleinbetriebe angriffen.) Dann kam Herr Günther-Greiz mit einer langen Deschwebelei. Er setzte ein bei dem Verhältnis zwischen dem Verein und dem Zentralverband deutscher Industrieller. Wir haben schon wiederholt erklärt, daß der Verein der Papierfabrikanten seiner ganzen Zusammensetzung nach nicht in den Zentralverband gehört, daß die Interessen der Papierindustrie in dieser Vereinigung nicht nur nicht vertreten, sondern direkt geschädigt werden. Das sieht auch Herr Günther ein. Allerdings ist er nicht konsequent genug, auf eine Lösung des Vertragsverhältnisses — Falls das Verhältnis wäre eigentlich richtiger — mit dem Zentralverband hinzuarbeiten; er will nur, daß der Verein gleichzeitig auch dem Bund der Industriellen, der in der Hauptsache die leichte und Fertigungsindustrie vertritt und in sozialpolitischen Fragen den Herrenstandpunkt nicht ganz so brutal herauskehrt, beitreten solle. Er will den Verein damit in die Rolle eines umschwärmten Mädchens bringen, das sich von zwei Verehrern beschenken läßt, statt sich von einem mißhandeln zu lassen. In der Theorie mag das ganz schön klingen, der rauhen Wirklichkeit harte Ecken zerstören aber oft solche Träume. Der Geschäftsführer des Vereins beeilte sich denn auch, vor dieser „Schau-politik“ zu warnen; er erklärte einfach, dann „mache er nicht mehr mit“. Obwohl danach die Anregungen Günthers auf recht unfruchtbaren Boden fielen, vermuten wir doch, daß manches davon aufgehen wird.

Wichtiger als der Streit um den besten und stärksten Schutzpatron ist die Kritik, die Herr Günther an dem sozialpolitischen Programm des Zentralverbandes und der sozialpolitischen Rückständigkeit des Geschäftsführers Ditges übt. Er sagte:

„Herr Ditges vertritt mit dem Zentralverband deutscher Industrieller die Ansicht, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebung und Entwicklung vollständig abgeschlossen ist. Es gibt auch Leute, die nicht dieser Ansicht sind, die im Gegenteil der Ansicht sind, daß wir doch noch manches auf diesem Gebiet erreichen können, ohne daß die deutsche Industrie deswegen zugrunde geht.“

Das ist hart für Herrn Ditges. Jahrelang hat er über die „ungeheure Belastung der Industrie“ geschrien, hundertmal und öfter versichert, daß jeder Pfennig weiterer Belastung den „Ruin der nationalen Industrie“ herbeiführt, und nun kommen die Fabrikanten, die er mit seinem Geschrei schützen will, her und sagen: Wir fühlen uns gar nicht so bedrängt, wir könnten noch mehr tun. Aber mit dieser Absicht begnügte sich Herr Günther nicht. Er erinnerte daran, daß der Verein der Papierfabrikanten sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf 10 Stunden gewandt, ja ihre Durchführung als für die Papierindustrie unmöglich bezeichnet habe und sagte dann: „Ich glaube, wir haben uns jetzt alle an diese Maßnahme gewöhnt. Sie hat doch nicht die Schädigungen hervorgerufen, die manher erwartet hatte. Auch ich war der Ansicht, daß der Industrie aus dieser Maßnahme Nachteile erwachsen würden, aber ich bin aus einem Saulus ein Paulus geworden.“ Damit fliegt wiederum ein Steckenpferd, auf dem Herr Ditges solange und mit so unjagbarer Grazie geritten, in die Kumpellammer. Ein drittes folgt noch. Herr Günther kehrte sich nämlich auch gegen die Behauptung des Geschäftsführers im Bericht, daß „die Sozialpolitik Deutschlands allen andern Industriestaaten weit voraus“ sei und wies speziell auf die Altersversicherung Frankreichs hin, die dem Arbeiter schon im Alter von 65 Jahren die Altersrente — und obendrein eine wesentlich höhere, als in Deutschland gezahlt wird — zubilligt. An diese Konstatierung knüpfte er die verständige Bemerkung, daß auch in Deutschland die Altersversicherung zu einem früheren Zeitpunkt als bisher in Kraft treten müsse, weil „bei unseren schnell arbeitenden Maschinen die Kräfte der Arbeiter früher verbraucht werden, so daß nur in seltenen Fällen die Arbeiter dasjenige Alter erreichen, das erforderlich ist, um Nutzen aus der jetzigen Arbeiterversicherung zu ziehen“. Das sind zwar keinerlei neue Entdeckungen, aber es ist eine erfreuliche Tatsache, daß auch die Unternehmer endlich einsehen, daß die „Hezer“ und „Wähler“, die genau dasselbe schon einige Jahrzehnte gesagt haben, recht hatten.

Und noch ein viertes Pferdchen der reaktionären Stockreiter zertrümmerte der unbarmherzige Herr Günther. Wenn Herr Ditges die Regierung verhöhlt, weil sie zuviel Sozialpolitik macht, vergißt er selten, auch die Beamten mit einzukneten, die die Innehaltung dieser Gesetze überwachen sollen. Die Inspektoren speziell sind ihm so sympathisch, wie den Mäusen die Käse. „Ihr Ideal ist das Gesetzbuch, ihr Wahrsprechen die Scheuklappe“, schrieb er vor nicht langer Zeit. Und pompös erklärte er bei solchen Gelegenheiten, daß die Papierfabrikanten weder Arbeiterschutzgesetze noch Ueberwachungsmaßnahmen brauchen, weil sie selber das „Anerkennungsgeld“ für die Arbeiter tun und nur das „Allernötigste“ von eben diesen Arbeitern verlangen. Hören wir, wie Herr Günther hier aus der Schule plaudert:

„Früher arbeiteten die Papierfabrikanten nur bei Tage. Dann kam Tag- und Nachtbetrieb auf, und jetzt arbeiten wir mit einer Schnelligkeit bis zu 170 Meter, während vor 25 Jahren durchschnittlich 30—40 Meter an der Tagesordnung waren. Diese Tag- und Nachtarbeit, die zwar unbedingt nötig ist, andererseits aber auch viele Schäden mit sich bringt, hat sich aber auch auf manche Teile unserer Betriebe übertragen, wo sie eigentlich nicht unbedingt nötig ist. Ich will mich dabei selbst für meinen Betrieb gar nicht freisprechen. Es werden eine Menge Maschinen bei Nacht ge-

braucht, bei denen es vollständig genügt, wenn sie bei Tage bedient werden.“

Bei diesen Ermahnungen wurden die Herren unruhig. Wie konnte es aber auch ein Kollege vom Metier wagen, so unerbittlich die Wahrheit zu sagen. Zwar wissen die Herren alle, daß die Arbeitsleistung der Arbeiter außerordentlich gesteigert und die Nachtarbeit maßlos ausgebeutet worden ist, aber — sagen darf man so etwas doch nicht! Aber der unbequeme Kritiker ließ sich durch Murren und Knurren nicht unterkriegen; er versuchte noch, seine Kollegen von der ethisch-moralischen Seite zu nehmen. „Wir haben als Arbeitgeber die Pflicht, für die Gesundheit des kommenden Geschlechts zu sorgen“, rief er ihnen zu. Doch das löste nur neues Knurren und verbügte Gesichter aus.

Dann kam Herr Ditges. Was er sagte, ist des Registrierens nicht wert. Er gleicht einem Grammophon mit einer einzigen Platte. „Meiner Ansicht nach geht die heutige sozialpolitische Gesetzgebung weit über das hinaus, was die deutsche Industrie leisten kann“, und „Wer ist denn noch Herr im Betrieb, doch nicht mehr der Industrielle, sondern der Arbeiterführer“, das sind zwei Stilproben aus seiner „Rede“. Derlei Unfug bedarf einer Widerlegung nicht. Wenn sich die Papierfabrikanten derlei geistige Kost bieten lassen, können wir es nicht ändern. Soweit sie nicht nur hören, knurren und Bravo brüllen, sondern auch ab und zu einmal nachdenken, werden sie der unsäglich platten Scheibe schon auf die Spur kommen, soweit sie nicht denken — und sehr viele scheinen es nicht zu tun —, wird keine Belehrung helfen. Jedoch, wir machen einen Vorschlag: Wenn Herr Ditges uns eine einzige Papierfabrik Deutschlands namhaft macht, in der „nicht der Industrielle, sondern der Arbeiterführer“ herrscht, zahlen wir den Betrag von 1000 Mark. In die Klasse des Vereins deutscher Papierfabrikanten. Das wäre die denkbar schlechteste Verwendung, die unser Geld finden könnte, trotzdem haben wir es ohne Zögern an. Wenn Herr Ditges ein gewissenhafter Geschäftsführer und sorglicher Rassenverwalter ist, wird er sich die 1000 Mark verdienen. Wir warten darauf. . . .

+ Unfall-Liste. In einer Chromo- und Buntpapierfabrik in Kassel wurden dem Hilfsarbeiter Thiele aus Speele drei Finger der rechten Hand glatt durchgeschnitten. Er war beim Vorgehen mit der rechten Hand unter die herunterfallenden Messer geraten. — In der Papierfabrik in Scharfenstein kam der 20jährige Arbeiter Werner mit einem Arm in die Papiermaschine und wurde schwer verletzt. — Am 14. Juli explodierte in der Papierfabrik Marly bei Freiburg (Schweiz) ein zum Kochen des Papiers dienender Dampfessel und zerstörte eine Mauer. Die Steine wurden in zwei anstoßende Räume geschleudert, wo mehrere Angestellte an der Arbeit waren. Die 35jährige Arbeiterin Marie Kubi aus Giffers wurde getötet, der Arbeiter Thoret schwer verletzt. Alle Fenstercheiben der Fabrik wurden zertrümmert. Der Schaden beträgt 50000 Francs. — In einer Papierfabrik in Penig geriet die 16jährige Martha Pöster in die Schneidemaschine und schnitt sich vier Finger der rechten Hand ab.

+ Königswalde. Eine wenig gute Behandlung müssen sich die Arbeiter in der Pappfabrik des Herrn Emil Wänigke, Königswalde, gefallen lassen. Die Arbeiter bekommen fast jeden Tag böse Worte wie: „Arbeitergefeind!“; „Ihr denkt wohl mir, fällt das Geld aus dem A. . . .“; „Ich jage euch (ihre Weiber) zum Teufel“ und dergleichen anhörend. Die Arbeiterlöhne sind auch nicht rosig. Wänigke zahlt den Arbeitern ganze 22 und 24 Pf. die Stunde. In diesem Betriebe wäre es sehr angebracht, wenn sich die Gewerbeinspektion einmal darum bekümmern würde. Die Arbeiter aber haben die Pflicht, sich dem Fabrikarbeiterverbande anzuschließen, damit sie aus eigener Kraft auf Besserung dringen können.

Polizei und Gerichte.

§ Die Aufdeckung einer Unternehmerrüge. Im November v. J. hatten die Brüder der Tapetenfabrik von Klammerschheim u. Steinmann in Köln-Bollstüd die Arbeit übergeben, weil sie sich weigerten, Streikarbeiten aus einer andern Tapetenfabrik in Braunschweig fertigzustellen. Von der bürgerlichen Presse wurde damals behauptet, daß vier arbeitswillige Brüder von etwa 20 Ausständigen unter Führung des Genossen Otto Baunert, Gauleiter des Senefelder-Bundes, überfallen und tätlich beleidigt worden seien. Es zeigte sich deutlich — so hieß es —, mit welchen Willen gearbeitet werde, um arbeitswillige und friedliche Arbeiter in die Gewaltthätigkeit der Ausständigen zu bringen. Dieser „Fall“ wurde vom Kölner Arbeitgeberverband aufgegriffen; er machte ihn zur Unterlage für eine Eingabe an das Ministerium des Innern, um bei der Beratung der neuen Strafgesetznovelle eine Verschärfung des Koalitionsrechts durch das Verbot des Streikpostens herbeizuführen. Auch die Staatsanwaltschaft wurde von dem angeklagten Ueberfall in Kenntnis gesetzt, die denn auch gegen acht Arbeiter Anklage erhob. Der Arbeitgeberverband hat aber mit seiner Terrorismusgeschichte vor dem Kölner Schöffengericht eine arge Niederlage erlitten. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen, die Behauptungen vom Terrorismus der Arbeiter haben sich als unwahr erwiesen. Trotzdem auch schon bei vielen andern Gelegenheiten ähnliche Unternehmerrügen aufgedeckt wurden, werden die Schachmacher nicht aufhören, gegen die organisierten Arbeiter in der Art zu gehen.

Eingegangene Schriften.

Arbeiter-Jugend. Die neuen erschiene Nummer 16 hat unter anderem folgenden Inhalt: Ein Sieg des Rechts. — Die politischen Parteien. Das Zentrum (Schluß). Von J. Borchardt. — Vom gefunden und kranken Herzen (Illustriert). Von E. Drüder. — Das wirtschaftliche Programm der freien Jugendbewegung. — Aus der Jugendbewegung. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Der Kampf um die Jugend im Kössigen Weimar usw. Beilage: Die Alten an die Jungen. Gedicht von A. Petersen. — Es lebe die Freiheit! Erzählung aus dem Moskauer Barikadenkampf. Von Dimitriew. — Der Große frist den Kleinen. III. Der ganz Große. Von G. Schtein. — Ein Indianerbuch. Von E. Sahnwald. (Illustriert). — Wander- und Reiseparaphrasen. Von B. St. — Vom Wechsel des Geschmacks im sprachlichen Ausdruck. Von R. Franz. — Mit Gedicht von Liesbeth Giner. — Gerechte Entrüstung. Erzählung.

Im Freien Stunden. Die Heft 28 und 29 liegen uns vor und bringen die Fortsetzung des in Heft 17 begonnenen Romans von Th. H. Caine „Der rote Fajon“, sowie des Romans „Eigene Kraft“ von Kennie Kennison. Bestellungen zum Preise von 10 Pfennig pro Heft nehmen alle Parteiluchhandlungen, Kolportage und Zeitungsaussträger entgegen. Probennummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Das Brautkapital und seine Knappen, Dokumente und Tatsachen, zusammengestellt von Georg Davidsohn. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abtinentenbund (Joh. Michaelis), Berlin SO 16, Engel-Allee 19. — 32 Seiten 25 Pf.